



Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 13
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreiskarte S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Lühnow 3249. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O., Berlin SW. 47, Salla-Alliance, Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

12. August
1924

Das Unrecht an der Saar.

Von Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel.

Zu Anfang des Jahres 1917 fand in Petersburg eine Konferenz der Entente statt. Dabei forderte Frankreich, daß ihm beim Friedensschluß nicht nur die Rückgabe von Elsaß-Lothringen und die Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland gewährleistet, sondern ihm auch eine Sonderstellung an der Saar zuerkannt würde. Diese Forderung wurde von Rußland anerkannt und zu einem gegenseitigen Abkommen zwischen beiden Staaten ausgestaltet; Frankreich erhielt darin die Zusicherung, daß die französische Grenze mindestens bis zu den Grenzen des ehemaligen Herzogtums Lothringen ausgedehnt und das gesamte Saartohlenbecken in das französische Gebiet einbezogen werden sollte. Die Verwirklichung dieser Abrede hätte nicht nur Saarbrücken und Saarlouis, sondern auch die südlichen Teile der Pfalz an Frankreich gebracht. Ganz soweit ging Clemenceau bei den Friedensberatungen nicht, aber er forderte auch da noch den uneingeschränkten Besitz der Saarbergwerke, die Annexion von Saarbrücken und Saarlouis sowie eine Sonderverwaltung in dem dazugehörigen Bergbau-, Industrie- und Wohngebiet. Wilson wollte jedoch nur die Ausnutzung der Saarbergwerke durch Frankreich, und zwar unter dem Gesichtspunkte einer deutschen Erschließung zulassen; jede Annexion lehnte er mit der Begründung ab, daß er kein Recht habe, Frankreich Völker zu überantworten, die nicht wünschten, zu ihm überzugehen, noch sie unter eine Sonderregierung zu stellen, selbst wenn diese für sie besser wäre, falls sie sie nicht haben wollten. Eine solche Regelung war praktisch undurchführbar, denn eine französische Verwaltung auf deutschem Gebiet hätte dauernd Konfliktstoffe ergeben und zu internationalen Schwierigkeiten geführt. Da fand man die in Versailles diktierte Lösung, daß der Völkerverbund das strittige Gebiet übernehmen und die Regierungsgewalt ausüben, die Bergwerke aber Frankreich übereignet werden und die Bevölkerung nach 15 Jahren über ihre weitere staatliche Zugehörigkeit abstimmen sollte.

In dieser ungeheuerlichen Behandlung des Saargebietes und seiner Bewohner liegt ein gewaltiges Unrecht zunächst insofern, als darin die Annexion deutschen Landes, nämlich des Bergwerksbesitzes, ausgesprochen ist. Die Deutschland belassene Möglichkeit, die Bergwerke mit dem dazugehörigen Grundbesitz 1935 in Gold zurückzukaufen, ändert daran nichts, denn sie würde sich, falls dann das Versailler Diktat noch in Geltung sein sollte, doch als unausführbar erweisen. Sie dient nur zur Verschleiierung der Annexion. Eine solche durfte aber nicht zum Gegenstand des Friedens gemacht werden; da Wilson in seiner Kongressrede vom 11. Februar 1918 ausdrücklich erklärt hatte, daß es beim Friedensschluß keinerlei Annexion geben sollte und dieser Grundsatz sowohl von der Entente wie von Deutschland als Friedensgrundlage angenommen war. Aber darum kümmerte man sich nicht mehr, als Deutschland entwaflnet war, und der Erwerb der Saarkohle war seit langem ein Ziel der französischen Politik. Es sei daran erinnert, daß Napoleon im Jahre 1866 als Kompensation für die preussische Machterweiterung das Saargebiet beansprucht hatte. Der französische Schriftsteller D. Reclus sagt in seiner 1915 erschienenen Schrift: „Die Zerstückelung Deutschlands“ (L'Allemagne

en morceaux), daß Frankreich das große Kohlenrevier der Saar als Entschädigung für die geplünderten Bergwerke, für die verbrannten Hüttenwerke von Belgien (!) und Nordfrankreich fordern werde; „auf keinen Fall darf es eine bayerische Rheinpfalz oder eine preussische Rheinprovinz oder gar ein Stück deutschen Landes an der Mosel oder an dem linken Rheinufer geben“. Aber Poincaré verkündete in einem seiner Briefe an Macdonald, daß kein vernünftiger Franzose jemals daran gedacht habe, eine Parzelle des deutschen Bodens zu annektieren oder einen Deutschen zu einem französischen Bürger zu machen!

Die Voraussetzungen von Reclus traf ein: nach Artikel 45 der „Friedensurkunde“ erfolgte die Abtretung der Saargruben als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung auf die deutsche Wiedergutmachungsschuld. Man stempelte also die Abtretung zu einer Reparationsleistung. Eine solche ist sie aber nicht. Die Zerstörung der französischen Bergwerke war eine zeitweilige und konnte beseitigt werden. Der Schaden bestand in dem Ausfall der Kohlenförderung während des Krieges und danach bis zu dem Zeitpunkt ihrer völligen Wiederingangeshung, ferner in der Beschädigung der Anlagen und Maschinen. Letztere konnte sich Frankreich nach § 2 Anl. IV zum Teil VIII der Friedensurkunde (Reparationen) ohne weiteres von Deutschland liefern lassen, und für den Förderausfall sind die 10jährigen Kohlenlieferungen des § 2 Anl. V zu Teil VIII vorgesehen. Während dieses ganzen Zeitraumes hat Deutschland an Frankreich jährlich 7 Millionen To. Kohle zu liefern und deckt mit diesen 70 Millionen To. den Förderausfall während der Kriegszeit. Für die Nachkriegszeit erhält Frankreich den Unterschied zwischen der Kohlenförderung der nordfranzösischen Bergwerke in dem betreffenden Nachkriegsjahr und der Förderung im letzten Jahr vor dem Kriege, und zwar in den ersten 5 Nachkriegsjahren bis zu 20 Millionen To. jährlich, in den folgenden 5 bis zu 8 Millionen To. Die Entente hatte sich damit auf den Standpunkt gestellt, daß Frankreich 10 Jahre brauchen würde, um die Beschädigungen seiner Bergwerke wieder auszugleichen. Diese Berechnung war, wie von vornherein anzunehmen war, durchaus verfehlt. Schon im Jahre 1921 betrug der Förderausfall gegen die Vorkriegszeit nur 13,7 Millionen To., und nach dem Ende 1923 erstatteten Jahresbericht des Präfecten von Nordfrankreich, Morain, war er im Jahre 1923 bis auf 1 Million To. zurückgegangen. Nicht nach 10, sondern schon nach 5 Jahren waren also die Bergwerke, selbst nach französischer Quelle, fast ganz auf die Vorkriegszeit zurückgebracht. Hierin liegt aber nicht nur ein klarer Beweis für die außerordentliche Ueberspannung und Unbegründetheit französischer Reparationsforderungen überhaupt, sondern es erhebt sich auch die wichtige Frage, ob gegenüber dieser von Jahr zu Jahr gesteigerten französischen Kohlenproduktion deutscherseits eine entsprechende Herabminderung der deutschen Kohlenlieferungen beansprucht ist, ja ob unter Berücksichtigung für das Jahr 1922 die angebliche Fehlmenge von

2,2 Millionen Lo., welche zum Vorwand für den Ruhrerbruch genommen wurde, wirklich geschuldet wurde. Bekannt geworden ist nach dieser Richtung nichts.

Werden hiernach die den französischen Bergwerken durch den Krieg erwachsenen Schäden durch die Reparationsbestimmungen des Teils VIII der Friedensurkunde schon mehr als ausgeglichen, so fehlt es an jedem Anlaß, sogar noch die Saargruben zum Ersatz hierfür heranzuziehen. Vielmehr erhält Frankreich durch das ihm bis 1935 überlassene Eigentumsrecht weit über 100 Millionen Lo. an Ausbeute, auf die es keinerlei Anspruch machen kann, und, falls die Gruben auch dauernd bei Frankreich bleiben sollten, einen Kohlenbesitz hinzu, der hinter dem gesamten Kohlenbesitz Frankreichs vor dem Kriege nicht wesentlich zurückbleibt. Denn nach einer Schätzung vom Jahre 1910 betrug der Kohlenreichtum Frankreichs damals 17,5 Milliarden Lo., derjenige des Saargebiets 16,5 Milliarden Lo. Das Ergebnis wäre also, daß Frankreich für die Minderproduktion und Beschädigung eines Teiles seiner Bergwerke während weniger Jahre einen dauernden Bergwerksbesitz von fast der gleichen Größe erhielt, wie es bisher besessen hatte. Darin liegt, selbst in der nur gegebenen Möglichkeit einer solchen Regelung, ein so ungeheueres Mißverhältnis zwischen Schaden und Ersatzleistung, daß die Abtretung der Saargruben sich allein dadurch außerhalb alles Rechtes stellt; sie wird aber zum schreiendsten Unrecht, weil der Ersatz dieses Schadens anderweit bereits geleistet ist. Daß in dem Friedensstext Bestimmungen nebeneinander stehen, die bei näherer Betrachtung miteinander unvereinbar erscheinen, befremdet zunächst sehr. Das Befremden schwindet jedoch, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Friedensurkunde nur eine Auseinandersetzung der von den verschiedenen Sachverständigenausschüssen der Konferenz ausgearbeiteten und nach den maßgebenden Verhandlungen von ihnen wieder redigierten Gutachten über die vielfachen durch den Frieden zu regelnden Fragen enthält. Eine Gesamtleistung des Friedensinhalts hat nie stattgefunden. Die Abtrennung des Saargebiets war eine politische Frage, wie denn auch die Bestimmungen darüber in dem „Politische Klauseln für Europa“ überschriebenen Teil III des Textes enthalten sind. Die Reparationsfrage war wirtschaftlicher Art und ist im Teil VIII geregelt. Es waren also verschiedene Sachverständigenausschüsse, die beide Fragen berieten. Bei der Schnelligkeit, mit der der Text in den letzten Tagen vor der Ueberreichung an Deutschland zusammengestellt wurde, ist anzunehmen, daß die doppelte Ausführung des Reparationsgedankens, bei der Saarfrage wie bei der allgemeinen Reparationsfrage, von einigen Regierungen nicht genügend beachtet worden ist. Daß dies versehentlich ungerügt geblieben ist, ist wenig wahrscheinlich, näher liegt der Gedanke, daß Wilson von der interessierten französischen Seite absichtlich hierüber in Unkenntnis gehalten worden ist. Denn als Clemenceau gesehen hatte, daß Wilson die erstrebte Annexion der Saargruben und ihrer Umgebung ablehnte, weil die Bevölkerung deutsch war und nicht französisch werden wollte, benutzte er nach dem Zeugnis seines Mitarbeiters Tardieu jene Adresse, die im Jahre 1918 von angeblich „150 000 im Saargebiet wohnenden Franzosen“ an ihn gerichtet sein sollte, und erklärte, deren Interesse verlange die Vereinigung mit Frankreich. Er wußte natürlich ebenso gut wie jeder Gebildete, daß im Saargebiet, das in dem mehr als tausendjährigen deutsch-französischen Grenzlande nur in den Zeiten Ludwig XIV. und Napoleons I., im ganzen etwa 40 Jahre, unter französischer Herrschaft gestanden hatte, es keine irgendwie nennenswerte französische Bevölkerung gab — im Jahre 1918 lebten noch nicht 100 Franzosen dort —, geschweige denn eine so gewaltige Anzahl. Aber er fälschte eine Sammlung von Unterschriften, die 1918 nach Beginn der französischen Besetzung in der dortigen Bergbevölkerung vorgenommen war, um die Zurücknahme verschiedener Ausweisungsbefehle gegen verschiedene Bergleute zu erzielen, strupellos in die von ihm gewünschte Adresse von Franzosen um, und fand damit bei dem über die europäischen Verhältnisse so ganz unterrichteten Wilson Glauben. Mit diesem Betrug und dadurch, daß es den Völkerbund in den Bordergrund stellte, erzielte Frankreich die Lösung der Saarfrage in der von ihm gewünschten Form. Es wußte, daß Wilson alle Bedenken zurückstellte, wenn er seinen Lieblingsgedanken vom Völkerbund irgendwie praktisch gestalten und seinem Wirksamwerden Vorschub leisten konnte. So gelang es wieder einmal französischer List und Tücke, dem Deutschen Reich in einer Zeit seiner Ohnmacht eines seiner kostbarsten Glieder zu entreißen. Aber wie bisher stets wird es auch diesmal nur ein vorübergehendes Gewinn für Frankreich sein. Land und Volk an der Saar sind deutsch und wie die Bevölkerung sich ihrer Liebe und Treue zur deutschen Heimat auch in den früheren Zeiten der Fremdherrschaft bewahrt und seine Wiedervereinigung mit Preußen erstrebt und wiedergefunden hat, so führt sie auch jetzt mit dem gleichen Ziele einen vorbildlichen Kampf gegen den Eindringling. Die harte Waffe des Rechts steht ihr zur Seite.

Der einzige Weg zu Gerechtigkeit und Frieden.

In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir folgende die Saarfrage betreffende Feststellung:

In England hat vor einiger Zeit ein rühriges Mitglied der englischen Völkerbundsliga, Horace G. Alexander, ein Buch über die Wiederbelebung Europas unter dem Untertitel „Kann der Völkerbund helfen?“ erscheinen lassen. Ich will mich an dieser Stelle mit den anziehend geschriebenen Buche nicht auseinander setzen und nur die kurzen Sätze wiedergeben, in die der Verfasser sein Urteil über die Saarfrage zusammenfaßt. Er gibt eine knappe Darstellung von der Entwicklung der Dinge im Saargebiet seit 1920 und knüpft daran folgende Betrachtung: „Die Kritik muß sich mehr gegen den Vertrag als gegen die Regierungskommission richten. Dieses ganze Kapitel des Vertrages beruht auf Falschheit. Es ist für die Praxis ungeeignet bis zur Hoffnungslosigkeit. In wirtschaftlicher Hinsicht und in einigen anderen Beziehungen scheint das Saargebiet gut regiert zu werden. Aber gute Regierung ist ein dürftiger Ersatz für Selbstregierung. Solange der Völkerbund mit der Verwaltung des Saargebiets verqu coastet ist, wird, auch wenn er seine Aufgabe noch so gut ausführen mag, seine Stellung als Organ internationaler Gerechtigkeit in den Augen aller guten Europäer kompromittiert sein. Reformieren kann man das gegenwärtige Verwaltungssystem nicht, man kann es nur beseitigen und die deutsche Souveränität wiederherstellen, je früher, desto besser. Das ist der einzige Weg zur Gerechtigkeit und Frieden.“

Man kann hiervon nicht jedes Wort unterschreiben. Insbesondere darf man nicht aus dem Auge verlieren, daß die ständigen Beschwerden der Saardeutschen keineswegs gegen die Versailler Regelung als solche, sondern gegen deren Verletzung und Abänderung durch Belassung des französischen Militärs, Untergrabung der deutschen Schule usw. gerichtet sind, und daß sie sich schon bescheiden würden, wenn ihnen wenigstens das im Versailler Vertrag verbrieft winzige Maß an Rechten und Freiheiten tatsächlich gelassen würde. Hiervon aber abgesehen, trifft das Urteil von Horace G. Alexander ins Schwarze. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß ein Volk sich mit einer Fremdregierung abfinden werde, wenn diese etwa technisch Gutes leistet. Mag man deshalb im Saargebiet manchmal auch Härten mildern und Ranten abschleifen, würde die Verwaltungstechnik (die übrigens ganz und gar nicht so vollkommen ist, wie man in Genf manchmal wähnt) auch in Ordnung gehen, zu gesunden Zuständen wird man nie gelangen. Jeder ehrliche Friedensfreund wird daher den Tag ersehnen, an dem das Versailler Saargebietsregime zu Grabe getragen wird. Ersehnen wird dies auch jeder wahre Freund des Völkerbundes. Solange der Völkerbund im Saargebiet regieren muß, ist er belastet mit einer Aufgabe, die mit seiner ureigenen Bestimmung, ein Hort des Rechts, der Freiheit und der Selbstbestimmung zu sein, im grellsten Widerspruch steht. Man reinigt, veredelt und stärkt den Völkerbund nur, wenn man die obiose Verpflichtung, im Saargebiet als Autokrat aufzutreten, von seinen schwachen Schultern nimmt.

Hieran sei noch eine Bemerkung geknüpft. Wenn bei den Tagungen des Rates des Völkerbundes regelmäßig eine Delegation aus dem Saargebiet erscheint, um für ihre gute Sache einzutreten, dann hört man aus Völkerbundskreisen nicht selten sagen: „Was wollen die guten Leute eigentlich? Es geht ihnen doch gar nicht so schlecht, wenigstens besser als manchen anderen. Man darf also ihre Beschwerden nicht so ganz ernst nehmen.“ Dieser Gedankengang rückt bedenklich nahe an den erwähnten Grundirrtum heran. Die elementaren, primären Forderungen eines gesunden Nationalgefühls fordern die Selbstregierung jedes Volkes. Man lege z. B. einem Norweger die Frage vor, ob er bereit wäre, der Bevölkerung des Bezirks Drontheim ein Regime wie das des Saargebiets zu geben, und ob er glauben würde, daß die Drontheimer sich unter einem solchen Regime glücklich fühlen würden. Nur der hat, wenigstens subjektiv, ein Recht, über die Beschwerden der Saardeutschen die Achsel zu zucken, der bereit ist, sein eigenes Volk derselben Rechtlosigkeit, derselben Fremdherrschaft und derselben Entnationalisierungspolitik zu unterstellen, wie sie auf dem Saargebiet lasten.

In der Sitzung, die der englische parlamentarische Ausschuss für Völkerbundsangelegenheiten kürzlich im englischen Unterhause hielt, berührte Sir Eric Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, die Lage im Saargebiet und führte aus, daß hier der Völkerbund weit davon entfernt sei, freie Hand zu haben. Eine weitere Erschwerung liege in der geographischen Lage des Saargebietes begründet, während für das Jahr 1935 eine Volksabstimmung vorgesehen ist, die zwischen drei Regierungsformen zu entscheiden hat, was zu einer anhaltenden Atmosphäre von Ungewißheit und Unbeständigkeit beiträgt.

Die letzten Schritte Iswolskys und Poincarés zum Weltkrieg.

Von Dr. Karl Hermann-Coblenz.

In der „Deutschen Rundschau“ setzt der amerikanische Staatsangehörige Dr. Charles Hartmann seine Enthüllungen aus den russischen Archiven fort. Er erinnert daran, wie Poincaré „den Zeitpunkt endlich für gekommen hielt, die hundertjährigen Ziele der geschichtlichen Politik Russlands — Konstantinopel — zu verwirklichen und durch die Rückkehr der entrissenen Provinzen Eljasch-Bothringens das europäische Gleichgewicht wiederherzustellen.“ (Brief Iswolskys 21. Juli 1913). Nichts ist mehr dem Zufall überlassen, der Erfolg ist sicher. Es handelt sich nur noch darum, zwei Widerstände zu beseitigen, um die Höllemaschine zur Entzündung zu bringen.

Die Kriegspartei der Großfürsten und der Hofmamarilla fand in dem geistig unbedeutenden, aber friedfertigen Zaren ein passives, daher nicht leicht zu beseitigendes Hemmnis. Nikolaus II. hatte an dem ruhigen, bescheidenen, gleichfalls unkriegerischen französischen Gesandten, Georges Louis, Gefallen gefunden und legte auf dessen Ratschläge großes Gewicht. Dieser mußte aus dem Wege geräumt und durch den politischen Abenteuerer Delcassé ersetzt werden. Und das geschah so.

Sassonow regte bei Iswolsky an, Poincaré zu bewegen, ihn durch eine in Petersburg genehmere Persönlichkeit zu ersetzen. Der russische Botschafter in Paris hatte sofort Verständnis für den Wunsch, wie aus seiner Antwort an den Petersburger Außenminister vom 29. März/11. April 1912 hervorgeht, aber er wollte mit Delcassé vorgehen, um in der Öffentlichkeit keinen Lärm zu erregen.

„Unglücklicherweise“, so klagte Iswolsky seinem Chef am 4./17. Mai 1912, „bewies sich jetzt wieder der brutale und alle diplomatischen Gepflogenheiten verkennende Charakter des Herrn Poincaré. Statt diese Besprechung als höchst vertraulich zu behandeln, und nachdem er bereits mit mir übereingekommen war, Herrn Louis zu versetzen, benachrichtigt er diesen selbst, trotzdem ich ihn dringend gebeten habe, die ganze Sache streng unter uns zu halten! Er hat sogar in seinem Eifer den Fall mit den anderen Ministern besprochen, denen er die Zweckmäßigkeit, einen neuen Gesandten für St. Petersburg zu ernennen, klargemacht hat. Natürlich, sobald 14 Minister diesen beabsichtigten Rückruf von Georges Louis kannten, war eine Indiskretion in der Presse ganz unvermeidlich.“

Mit Hilfe des Rubels, dessen Einfluß Iswolsky in einem Brief an Sassonow vom 10./23. Mai 1912 nicht genug zu loben weiß, wird auch diesmal die Presse den Zwecken der Kriegstreiber dienstbar gemacht. Am 18. März 1913 wurde Louis der Abschied erteilt und Delcassé zu seinem Nachfolger ernannt. Dessen Mission, so fühlte damals die ganze Welt, bedeutete den Krieg. Und für diesen Krieg wurden nun von Paris aus und in Rußland planmäßig die militärischen Vorbereitungen getroffen. In der Republik wurde der zweijährige durch den dreijährigen Kriegsdienst ersetzt, und den Zaren erinnerte Poincaré, der inzwischen Staatspräsident geworden war, in dem Handschreiben vom 20. März 1913, mit dem er die Sendung Delcassés begleitete, an den „Bau gewisser Eisenbahnlinien an der Westgrenze Ihres Reiches für die kommenden Ereignisse.“

Diese Ereignisse kamen; aber bevor in Sarajewo die Schüsse fielen, die den österreichischen Thronfolger und seine Frau töteten, wurden bei dem Besuch des englischen Königspaares in Paris im zweiten Drittel des April 1914 die letzten eiserernen Ketten um die englisch-französisch-russische Tripelallianz gelegt. Der englische Außenminister Sir Edward Grey weigerte sich freilich, der Schöpfung offiziell diesen Namen zu geben. Aber in der Tat handelte es sich um nichts anderes. Iswolsky berichtete am 29. April 1914 an Sassonow und den Zaren u. a.: Es sei Grey's Wunsch: „Die Kabinette von Paris und London geben der russischen Regierung Einsicht in alle Geheimabkommen, die sie bisher unter sich abgeschlossen haben und besonders:

1. die Militär- und Marineverträge zwischen den beiden Generalstäben,
2. das politische Abkommen, welches in Form von Briefen (um die nötige Bekanntmachung an das britische Parlament zu umgehen) zwischen Sir Edward Grey und dem französischen Gesandten zu London vereinbart wurde.

Darauf könne die Frage gleicher Verträge zwischen England und Rußland erledigt werden. Der französische Außenminister fragte, ob es nicht vorzuziehen sei, alle diese Abmachungen zwischen Frankreich, England und Rußland in einer einzigen Triple-Allianz festzulegen. Grey erwiderte, daß er zwar persönlich dafür sei, dies jedoch für später zurückstellen möchte.

Die Herren Doumergue, Cambon und de Margerie, die dieser Konferenz bewohnten, waren besonders überrascht von der Schärfe und Festigkeit, mit welcher Grey die Not-

wendigkeit eines engeren Einverständnisses mit Rußland betonte.“

Einige Wochen darauf wurde die Welt durch die Tragödie des Fürstenmordes zu Sarajewo in Erregung versetzt. Unter den Eindruck dieses Ereignisses berichtete, wie Hartmann, vielleicht in der Person irrend, annimmt, Iswolsky, daß dieser Zwischenfall den Keim aller möglichen Verwicklungen in sich trage, und das man in den Regierungskreisen nicht gewillt sei, eine Demütigung Serbiens zu gestatten.“ Deutscherseits strengte man alle Kräfte an, um dem Zwischenfall seine Kriegsgefahr zu nehmen. Schon Iswolskys Vertreter Sevastopoulo berichtete am 12./23. Juli 1914 über die Anstrengungen des deutschen Botschafters Schön, mit Frankreich zu einer Einheitsfront zur Erhaltung des Friedens zu kommen. Iswolsky bestätigte diese Bestrebungen in einem Geheimtelegramm vom 14./27. Juli mit folgenden Worten: „Heute früh hat Baron Schön schriftlich die gestern von ihm gegebenen mündlichen Erklärungen, wie folgt wiederholt: 1. Oesterreich erklärt Rußland, daß es keine territorialen Vergrößerungen irgendwelcher Art beabsichtigt und die Unabhängigkeit Serbiens in keiner Weise antasten will. Sein einziger Zweck ist, seine eigene Sicherheit zu wahren. 2. Es hängt daher von Rußland ab, den Krieg zu verhindern. 3. Deutschland und Frankreich, völlig einig in dem heißen Wunsche, den Frieden zu erhalten, sollten versuchen, auf Rußland im Sinne der Mäßigung einzuwirken.“

Bei dieser Gelegenheit hat Baron Schön den Ausdruck „völlig einig“ auf Deutschland und Frankreich angewandt und unterstrichen.“

Man kann sich kein klareres Zeugnis für die deutsche Friedensliebe denken, als diese Aussage von Feindeseite. Aber die Entente wollte keine Versöhnung. Schon am 14./27. Juli 1914 hatte Sassonow an die russischen Gesandten in Paris und London telegraphiert: „Wenn es sich um irgendeine Aktion der Mäßigung zu Petersburg handelt, verweigern wir diese im voraus, da wir seit Beginn der Krisis eine Stellung eingenommen haben, an der wir nichts ändern können.“

Und in Paris war die Stimmung nicht anders. In einer Mitteilung Iswolskys an Sassonow vom 15./28. Juli 1914 heißt es: „Ich halte es für meine Pflicht, Sie zu benachrichtigen, daß nach meiner Unterredung gestern mit dem Justizminister dieser auch keine Minute die Möglichkeit eines auszuübenden Druckes zu Petersburg in Erwägung gezogen hat. Das Ergebnis war, daß der Minister sich weigerte, der Anregung des deutschen Gesandten Folge zu geben.“

Der Krieg begann. Aber bevor die blutigen Ereignisse auf den Schlachtfeldern ihren Anfang nahmen, fiel in Paris das erste Opfer. Jaurès wurde am 31. Juli ermordet.

Hierüber macht Charles Hartmann folgende äußerst interessante und außerordentlich bedeutungsvolle Feststellungen: Am Tage vorher hatte Iswolsky eine Unterredung mit dem Präsidenten Poincaré, bei der auch der französische Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes zugegen waren. Der russische Botschafter erwähnt darüber in einem Bericht vom 17./30. Juli u. a.: „Der Generalstabschef teilte mit, daß „die ganze Armee und ganz besonders die Kommandostellen und die jüngeren Offiziere sich in einer Geistesverfassung der allerhöchsten Erregung befinden; es wäre ganz unmöglich, sie dieses Mal durch diplomatische Verwässerungen wieder zurückzuhalten. Sie sind der Ansicht, daß zu keiner Zeit alle Vorbedingungen zum Erfolge so günstig gewesen oder jemals in dieser Zusammenstellung sich wieder darbieten könnten. Ich (der Chef des Generalstabes) verbürge mich für die vollständige Bereitschaft der Armee, kann jedoch die Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Republik nicht übernehmen, wenn die Hoffnungen der Streitkräfte auch dieses Mal wieder getäuscht werden. Die Royalisten, die in der letzten Zeit außerordentlich tätig gewesen sind und nicht nur über große Mittel verfügen, sondern auch Anhänger in allen Stellen der Armee und ganz besonders bei den Schülern der Kriegsschulen haben, würden sich diese Gelegenheit sicher zunutze machen.“

Ich stellte die Frage, wie sich im Kriegsfalle Jaurès verhalten würde, der in seiner Zeitung (L'Humanité) die Absichten der Regierung bekämpft. Er habe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Arbeiter und Spiele mit dem Gedanken des Generalstreiks. Der Kriegsminister erwiderte ruhig aber bestimmt: „Dafür ist gesorgt.“ Poincaré gab hierzu keine Erklärung, und nach einem Augenblick peinlichen Schweigens teilte er mit, daß der Gründer und Chef des Antimilitarismus, Gustave Hervé, ihm durch Briand die Zu-

sicherung gegeben habe, daß er seinen ganzen Einfluß auf die Massen zugunsten des gefährdeten Vaterlandes aufwenden würde, um diese für den Krieg zu begeistern. Der Belagerungszustand wird sofort in Paris und den Industriezentren erklärt und die Kriegsgerichte in Funktion gesetzt werden."

Charles Hartmann, der versichert, das Faksimile dieses Briefes von einem höheren Beamten der Sowjet-Republik erhalten zu haben, glaubt nicht, daß der Mord Jaurès von Iswolsky angestiftet worden sei. "Iswolsky war Diplomat und gebrauchte keine brutalen Mittel." Hartmann deutet indes an,

daß die sozialistische Presse Frankreichs ihre Anklagen gegen Poincaré seinerzeit auf Grund einer mit der Beilegung Jaurès im Zusammenhang stehenden Äußerung Clemenceaus erhoben habe, und er fügt die Erinnerung an eine Drohung hinzu, die der „alte Tiger“ 1916 in seiner Zeitung „l'Homme libre“ an Poincaré gerichtet habe:

„Die Haare werden ihm erbleichen und die Glieder schlottern.“ Er spielte damit auf seine Kenntnis dieses Geheimnisses gegen Poincaré an. Der „krankhaft ehrgeizige“ Provinzadvokat (so hatte ihn Iswolsky genannt) trock sofort zu Kreuze."

Das böse Gewissen Frankreichs.

Von Richard Bosselt.

Seit dem 5. August befindet sich in London die deutsche Delegation, um — wie es in der Einladung an Deutschland klangvoll heißt — „mit der Konferenz die besten Methoden für die Intraffizierung des Dawes-Berichtes vom 9. April 1924 zu erörtern.“ Von französischer Seite beeilt man sich zu bemerken, daß der französische Ministerpräsident Herriot Verhandlungen mit den Deutschen in beschränktem Umfange unter der Bedingung zugestimmt habe, „daß keine Reden gehalten werden und vor allem die Frage der Kriegsschuld nicht berührt werde.“ Er habe auf das Bestimmteste erklärt, daß, falls die deutschen Delegierten die Kriegsschuldfrage in irgend einer Form berühren würden, er sofort das Sitzungszimmer verlassen werde."

Diese französische Furcht vor der Aufrollung der Kriegsschuldfrage zeugt nicht gerade von einem guten Gewissen. Man wird sich erinnern, daß auf der Londoner Konferenz im Jahre 1921 die Kriegsschuldfrage von dem damaligen deutschen Außenminister Dr. Simons kurz gestreift wurde und daß dadurch die Konferenz wie ein aufgeschreckter Bienenschwarm aufzufliegen drohte. Der damalige englische Premierminister Lloyd George versuchte der deutschen Argumentation dadurch entgegenzutreten, daß er die sehr richtige Bemerkung tat, mit der Beilegung des § 231 des Versailler Vertrages falle der ganze Vertrag in sich zusammen, da er auf diesen Paragraphen, der das deutsche Bekenntnis der Alleinschuld am Kriege enthält, aufgebaut sei. Die Ohnmacht Deutschlands und der Diktatorwille der Alliierten verhinderten es, daß Deutschland diese Bemerkungen Lloyd Georges weiter aufgreifen konnte, um festzustellen, weshalb Deutschland die Anerkennung des § 231 nicht als verbindlich betrachte, da ihm dieses Alleinschuldbekenntnis mit allen seinen Folgen in Versailles erpreßt worden ist.

Die jetzigen Verhandlungen in London finden in einer anderen Atmosphäre statt, als es im Jahre 1921 der Fall war. Damals glaubte man besonders in Deutschland, daß der sogen. Versailler Vertrag Deutschland vor einer Vergewaltigung etwa durch Ueberschreitung der in diesem Vertrage gezogenen Besetzungsgrenzen schütze. Eine Annahme, die sich bekanntlich als schwere Täuschung herausgestellt hat. Und dennoch ist die heutige Situation in London in gewisser Beziehung eine ähnliche wie damals vor zwei Jahren. Die Materie, die heute in London in Beratung steht, befaßt sich mehr oder weniger mit Fragen der deutschen Leistungsverpflichtungen an die Alliierten. Der Dawesplan geht, was von alliierter Seite zugegeben wird, über den Versailler Vertrag hinaus. Wenn es sich in London um Verhandlungen gleichberechtigter Teilnehmer handeln würde, wäre es durchaus möglich, daß von deutscher Seite die Abänderung des Versailler Vertrages durch das Dawes-Gutachten festgestellt und damit die Frage aufgeworfen würde, ob die Zeit nicht gekommen sei, mit der beabsichtigten Abänderung des Versailler Vertrages überhaupt in eine Nachprüfung derjenigen Bestimmungen einzutreten, die nach den Erfahrungen und Klarstellungen der letzten fünf Jahre sich als untragbar, undurchführbar oder unwahr herausgestellt haben.

Von Frankreich scheint man eine solche Absicht der deutschen Delegierten zu befürchten und versucht ihr daher mit der Drohung des Abbruchs der Konferenz zu begegnen. Wir glauben nicht, daß die deutsche Delegation die jetzige Londoner Konferenz als besonders geeigneten Ort und Zeitpunkt zur Aufrollung dieser Frage betrachte, so daß die französische Drohung sehr unangebracht ist. Wenn aber Herriot es ist, der sich mit solcher Schärfe gegen die Aufwerfung der Schuldfrage wehrt, nachdem ihm sicherlich nicht unbekannt ist, daß der § 231 des Versailler Vertrages vor der Geschichte und vor den französischen Geheimdokumenten nicht standhalten kann, so kann man mit dem deutschen Pazifisten Walther Schilling nur seine Verwunderung darüber äußern, daß uns ein zweites Versailles in London droht nicht durch Clemenceau oder Lloyd George, sondern ausgerechnet durch Herriot, den Führer der französischen Demokratie und Mac Donald, den Führer der englischen Arbeiterpartei. Es ist das böse Gewissen, daß Herriot, der in diesem Falle — wir wollen zu seinen Gunsten

annehmen, gezwungen durch die Opposition des Nationalen Bloks und seines Anhangs — das französische Volk vertritt, es mit aller Macht zu verhindern versucht, die bedeutsamste Frage der Weltgeschichte der jüngsten Zeit in das Licht der Wahrheit und Klarheit zu stellen. Das ist umso verwunderlicher, als es jetzt in der Welt wohl kaum noch einen ernstern Politiker gibt, der die in dem § 231 aufgestellte These vertritt, nachdem selbst ein Lloyd George hat zugestehen müssen, daß keiner der im Jahre 1914 verantwortlichen Staatsmänner der europäischen Welt mehr oder weniger schuldlos an dem Ausbruch des Krieges sei, daß sie vielmehr alle in diesem Weltkriege hineingestolpert seien.

Inzwischen ist weiteres Licht in diese Frage der Kriegsschuld gekommen durch die Veröffentlichungen der russischen Geheimdokumente, aus denen sich ergibt, daß von französischer und russischer Seite dieser Krieg systematisch vorbereitet worden ist. In diesen Tagen, wo sich die Presse der ganzen Welt mit den Vorgängen vor 10 Jahren beschäftigt, kommt u. a. Dr. Gooch von der Universität Cambridge in der demokratischen Londoner „World“ zu dem Ergebnis, „daß von einer Alleinschuld Deutschlands gar keine Rede sein könne.“ Ferner äußerte Professor Reuterskjöld in Stockholm, der Generalsekretär des „Internationalen Komitees zur wissenschaftlichen Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges“ einem schwedischen Nachrichtenbüro rückhaltlos: „Alle Zeichen deuten auf eine bewußte französische Einkreisungspolitik gegen Deutschland vor dem Kriege hin, die früher oder später zu einem Zusammenstoß in Europa führen mußte.“

Herriot aber, der sozialistische Ministerpräsident Frankreichs, droht den Sitzungssaal in London sofort zu verlassen, falls die deutschen Delegierten die Kriegsschuldfrage in irgend einer Form nur berühren würden.

Das ist das böse Gewissen Frankreichs.

Die Schwindsucht in den Saarbund-Organisationen.

Im Saargebiet ist es schon längst kein Geheimnis mehr, daß, nachdem durch die Saarlandestatswahlen erwiesen wurde, wie wenig Saarbund-Verräter im Saargebiet vorhanden sind, die französischen Unterstützungsquellen immer spärlicher fließen und dementsprechend auch die Zahl der „überzeugten“ Anhänger von Tag zu Tag kleiner wird. Einen hündigen Beweis dafür erbrachte eine von Mitgliedern einberufene Eisenbahnerversammlung des Saareisenbahnerverbandes (Saarbund-Richtung), die in die korrupten Verhältnisse, die in diesen Saarbund-Gewächsen herrschen, grell hineinleuchtete. In der Diskussion schilderte u. a. der frühere Schriftführer des Verbandes die ganzen Zustände und Vorkommnisse innerhalb des Verbandes, ferner stellte er fest, daß bis zum heutigen Tage der gesamte Hauptvorstand noch nicht eine einzige Sitzung abgehalten habe. Redner brachte ein derartiges Material zutage, daß die Versammlung aus dem Staunen nicht mehr herauskam. Andere Diskussionsredner ergänzten diese Ausführungen. Zum Schluß wollten die „Vorstandsmitglieder“ Weder und Hase sprechen, wurden jedoch auf Grund des ungebührlichen Benehmens Weders, der auf Sprengung der Versammlung ausging, auf Antrag abgelehnt. Die anwesenden Mitglieder waren sich darüber klar, daß die Taktik der Knoll, Hase, Weder und Genossen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liege, und fast alle Anwesenden schlossen, aus dem Saareisenbahnerverband auszutreten. Danach dürften auf der Hauptwerkstätte Saarbrücken-Burbach nur noch drei Mitglieder des Saareisenbahnerverbandes vorhanden sein, in den anderen Betrieben nicht viel mehr.

Es dümmert also auch hier und die betrogenen Arbeiter haben nun endlich erkannt, wohin sie von den Trabanten der Französisierungsbestrebungen im Saargebiet geführt werden sollen.

Die Schulnöte des Saargebiets.

Lord Parmoor, der Vertreter Englands im Völkerbundsrat, hat sich vor einiger Zeit im Oberhause dahin geäußert, für das Saargebiet gebe es nur noch eine einzige Angelegenheit, die noch der Erledigung harre, nämlich die Zollfrage, die nach Beendigung der fünf ersten Besetzungsjahre geregelt werden müsse. Lord Parmoor irrt. Eine Frage, die im Augenblick der Bevölkerung des Saargebietes viel mehr am Herzen liegt als die Zölle, ist die Frage der Zukunft deutscher Kultur im Saargebiet. In der Praxis bedeutet das den Kampf um die Erhaltung des deutschen Schulwesens.

Der Friedensvertrag enthält über die Schulfrage im Saarbeden, wie man meinen sollte, ganz eindeutige Bestimmungen. In der Anlage zu Artikel 48 (Kapitel 14) ist dem französischen Staat das Recht zugestanden, „jederzeit als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen für das Personal und die Kinder des Personals zu gründen und den Unterricht darin in französischer Sprache erteilen zu lassen“. Der Sinn dieser Bestimmung kann nur der sein, daß diese Schulen ausschließlich für das französische Personal und dessen französische Kinder bestimmt sind, denn sonst hätte die Bestimmung des § 28 in derselben Anlage überhaupt keine Berechtigung, wo gesagt ist, daß die Bewohner des Saarbedens ihre Schulen und ihre Sprache behalten sollen. Hier ist also deutlich der Trennungsstrich zwischen der deutschen Bevölkerung und dem von der Grubenverwaltung herangezogenen französischen Personal gezogen.

Man brauchte auf diese bekannten und schon häufig erörterten Bestimmungen des Friedensvertrages nicht immer wieder zurückkommen, wenn nicht das Kulturbüro der Regierungsausschusses in der Praxis einer Politik huldigte, die das Gegenteil jener Anordnungen bedeutet. Das System der Herren Kotton und Colling, der beiden Schuldezernenten, fördert die Errichtung rein französischer Schulen. Nicht nur als Nebenanlagen der Gruben, sondern als selbständige Einrichtung. Ein geringfügiger Anlaß hat plötzlich Klarheit über das ganze Kottonsche System verbreitet. Das war der Erlaß des Schuldezernates über die Zusammenlegung von Klassen, die den deutschen Schulen aufgetragen, den französischen dagegen verboten wurde. Diese einseitige Begünstigung des französischen Unterrichts, die im Frühjahr dieses Jahres verfügt wurde, zeigte, wohin der Kurs Kotton gerichtet ist. Im einzelnen soll hier auf die weitere Entwicklung des deutsch-französischen Kulturkampfes, der sich wegen dieses Erlasses entzündete, nicht eingegangen werden. Die Vorgänge dürften in großen Zügen bekannt sein. Erinnert sei nur daran, daß das Erwachen besserer Erkenntnis zeitlich zusammenfiel mit dem Rücktritt des völlig französisch eingestellten Dänen Graf Moltke-Huitfeld aus dem Regierungsausschuß, wo er das Amt eines Kultusministers bekleidet hatte, und seiner Ersetzung durch den Spanier Espinosa de los Monteros.

Der Nachfolger des Grafen Moltke, dem als Spanier die konfessionelle und kulturelle Spaltung der Bevölkerung eines doch verhältnismäßig kleinen Gebietes eine ungewohnte Erscheinung sein mußte, gibt sich, wie es scheint, redliche Mühe, die nicht nur für ihn schwierige Frage einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Ihm konnte nicht verborgen bleiben, mit welchen Mitteln auf die Entdeutschung der Schulen im Saargebiet hingearbeitet wird. Das System Kotton-Colling begnügt sich nicht damit, durch besondere Vergünstigung für die Schüler, wie z. B. Weihnachtsverlosungen und finanzielle Vergünstigungen bei der Beschaffung der Lehrmittel, zum Besuch der französischen Anstalten anzureizen, sondern übt auch auf die Eltern schulpflichtiger Kinder einen moralischen und wirtschaftlichen Druck aus. Den größten Anstoß erregt dieses System dadurch, daß der Religionsunterricht an den französischen Schulen zum Teil durch Lehrer erteilt wird, die für diese schwierige Aufgabe nicht genügend vorgebildet sind. In der „Saarbrücker Landeszeitung“ wird die besondere Gefahr darin erblickt, daß von oben her der Versuch gemacht wurde, die Schule zu einer reinen Staatsanstalt zu machen und den Einfluß von Familie, Gemeinde, Lehrerschaft und Kirche auszuschalten. Da die soziale und wirtschaftliche Notlage der deutschen Lehrer, die sich unter dem Druck der Verhältnisse den französischen Schulen zur Verfügung gestellt hatten, ganz besonders bei den Sozialdemokraten lebhaften Anstoß erweckt — die Lehrer erhalten den Lohn von Unterangestellten der Bergwerksdirektion —, hat sich in der Schulfrage allmählich eine taktische Einheitsfront von der Rechten bis zur Linken ergeben. Damit ist wenigstens Aussicht vorhanden, daß der Gegensatz, der heute schon die Jugend des Saargebietes, selbst im Spiel der Kinder auf der Straße, in zwei Lager scheidet, mit der Zeit wieder beseitigt werden wird.

Daß die taktische Verbindung der politischen Parteien sich bereits im Volke auszuwirken beginnt, zeigt sich an dem Rückgang der Schülerzahl in den französischen Schulen. Nur Kommunisten und Konfessionslose wagen es heute noch offen, für den Besuch der französischen Schule einzutreten. Diese Begünstigung

der fremden Kulturbestrebungen im deutschen Saargebiet durch Staats- und religionsfeindliche Elemente sollte der Welt, und nicht zuletzt dem Völkerbund deutlich genug sagen, welche Gefahren hier einem abgeschnürten Teil wertvoller Kultur drohen. Auch die deutsche Regierung wird zu den Nöten deutscher Kultur im Saargebiet nicht mehr lange schweigen dürfen. Sie hat das Recht und die Pflicht, auf die Gefahren der geschilderten Entwicklung aufmerksam zu machen. In dem Vertrage von Versailles wird sie alle Unterlagen finden, deren sie bei diesem Schritt bedarf.

Der angebliche „konfessionelle Charakter der französischen Schulen“.

„L'Action française“, das Organ der französischen Royalisten und ihres Führers Leon Daudet, des Häuptlings der „Camelots du Roi“, schrieb in Nr. 198 u. a.: „In einigen Jahren wird im Saargebiet die im Versailler Vertrag vorgesehene Volksabstimmung stattfinden, wodurch die Bevölkerung befunden wird, ob sie deutsch bleiben oder französisch werden will. Diese Bevölkerung ist nun aber grundkatholisch. Sie hält am religiösen Unterricht fest, liebt ihren Klerus und ihre Kongregationen und ist Rom treu ergeben. Kann sich Herriot nur einen Augenblick vorstellen, daß die Saarbevölkerung freiwillig zu uns kommt, um dafür bei uns die religiöse Verfolgung einzutauschen? Glaubt er wirklich, daß für dieses tiefreligiöse Volk die Separation mit ihren Konfiskationen, die Urteile gegen die Kongregationen mit ihren Ausplünderungen und Zwangsvollstreckungen, die Schule ohne Gott und der Bruch mit Rom Gründe sind, um Frankreich zu lieben? Glaubt er, daß diese Maßnahmen geeignet sind, uns dieses Volk zu gewinnen und bei ihm den Wunsch zu erwecken, sich freiwillig Frankreich anzuschließen?“

Diese Ausführungen dieses französischen Annexionistenblattes sind von bedeutsamem Interesse. Deffnen sie doch gewissen Leuten und gleichgültigen Kreisen die Augen über die wirklichen Verhältnisse in Frankreich auf kirchlichem Gebiet, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Frankreich und die Saarregierung mit dem „konfessionellen Charakter der französischen Schulen“ im Saargebiet auf den Dummensprung ausgeht. „L'Action française“ zeigt in plastischer Deutlichkeit, was es mit dem „konfessionellen Charakter der französischen Schulen“ auf sich hat. Man wird sich diese Ausführungen gut merken müssen, wenn wieder einmal davon die Rede sein wird, daß die französische Schule im Saargebiet auf die konfessionellen Wünsche der katholischen Bevölkerung Rücksicht nimmt.

Bergarbeiterkundgebung in Quierschied.

In Quierschied veranstaltete der Bezirk „Fischbach und Sulzbachtal“ des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter einen Bezirkstag mit Festzug, an dem sich an 6000 Bergknappen beteiligten. In verschiedenen Reden wurde u. a. zum Ausdruck gebracht, daß der französische Grubenbesitzer, nachdem er erkannt hat, daß die Bergleute für die französischen politischen Pläne nicht zu gewinnen wären, von der Politik des Zudeckbrottes zur Politik der Peitsche übergegangen sei. Neben der Ausbeutung der Gruben würde jetzt eine schlimme Ausbeutung der Bergleute betrieben. Zu diesem Zwecke sei eine Gedingeshinderei, ein Antreibesystem, ein Denunziantenwesen usw. in Blüte wie nie zuvor. Traurig und beschämend sei es, daß gerade Deutsche als Denunzianten, Spionagelieder und Kriecher sich „bewährten“. Auf Kosten der Saarbergleute und des Saarpvolkes sei das einzige Streben der Grubenverwaltung darauf gerichtet, möglichst große Gewinne aus dem Saarbergbau dem französischen Staatsfiskus zuzuführen. Zweifels- ohne würde die Grubenverwaltung, sobald sie erkennen würde, daß die Gewerkschaften schwach seien, die bisherigen Errungenschaften, wie Tarifvertrag, bezahlter Erholungsurlaub, Verhandlungsrecht usw., den Bergleuten nehmen. Auch in knappschaftlicher Hinsicht sei manches verbesserungsbedürftig. Auch hier wäre der Grubenbesitzer aus Gewinnrücksicht nicht bereit, das Notwendige zu leisten. Der Grubenbesitzer fände Unterstützung durch den Saarbund und den Beder-Krämerverband. Beide Gebilde müßten schärfste Ablehnung und Bekämpfung durch die Bergleute erfahren. Die christlichen Bergleute seien wahrhaft national. Unter wahrhaft national sei uneigennütziges Dienen dem deutschen Volksganzen zu verstehen. Die Bergleute bekämpfen mit Entschiedenheit die französische Schule und den Saarbund.

Die „wirtschaftliche Zweckmäßigkeit“ der französischen Saarpolitik.

Die wirtschaftliche Lösung des Saargebietes von Deutschland, die mit der Uebereignung der Saargruben an Frankreich und der Öffnung der Zollschranken nach Westen begann und sich konsequent in Gestalt der Einführung des französischen Franken fortsetzte, soll bekanntlich am 10. Januar 1925 durch den gänzlichen Zollabschluß des Saargebietes von Deutschland ihre Vollendung erfahren. Unter dem Gesichtspunkt der schrittweisen Annexion des Saargebietes durch Frankreich sowie der größtmöglichen Schwächung Deutschlands durch Losreißung wertvoller Wirtschaftsgebiete erscheinen alle diese Maßnahmen äußerst wirkungsvoll und für Frankreich befriedigend. Untersucht man aber diese Behandlung der Saarfrage auf ihre wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, so kommt man zu einem ganz anderen Urteil über die französischen „Erfolge“. Die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze und diese setzen sich schließlich doch durch, allen politischen Vergewaltigungsversuchen zum Trotz. Das zeigt die Zerrüttung, in welche die gesamte Weltwirtschaft durch die bisherige politische Behandlung der Reparationsfrage geraten ist. Daß man auch in bezug auf das Saargebiet, dessen Wirtschaft angesichts der drohenden Abdrift vom deutschen Markt heute schon schwere Krisenerscheinungen aufweist, zu einer wirtschaftlichen Lösung kommen muß, diese Erkenntnis bricht sich allmählich auch in französischen Wirtschaftskreisen Bahn.

Die französische Wirtschaftszeitung „L'Usine“ schätzt, daß Deutschland etwa 40 Prozent, Frankreich 35 Prozent der saarländischen Eisenproduktion aufnimmt und kommt auf Grund eingehender Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß Frankreich zur Aufnahme der bisher nach Deutschland gehenden Menge nach dem Zollabschluß im Jahre 1925 gänzlich außerstande sei. Abgesehen von der Ueberfüllung des französischen Marktes sind die Aussichten der Saarindustrie, den Absatz in Frankreich zu steigern, auch deswegen schon hoffnungslos, da die saarländischen Erzeugnisse infolge der Transportkosten von vornherein um 10 bis 15 Franken pro Tonne höher belastet sind als die Produkte der lothringischen Konkurrenz.

Auch die Aussichten der Saarindustrie, in der bekanntlich mit Ausnahme der Röhring-Werke überwiegend französisches Kapital arbeitet, durch Erleichterung des Zuganges zum Meer neue Absatzmöglichkeiten nach Uebersee zu eröffnen, sind wegen der hohen Transportkosten denkbar ungünstig. Dies alles bedeutet aber, daß nach 1925 bei einer Produktionsminderung oder gar Stilllegung der Saarindustrie infolge Absatzmangels eine Verzinsung des vorwiegenden französischen Industriekapitals unmöglich wird. Ebenso empfindlich für die französischen Interessen wird die unvermeidliche Rückwirkung auf die Rentabilität der französischen Saar- sowie der lothringischen Erzgruben sein, die als Lieferanten beide durch die Notlage einer ihrer besten Abnehmer in Mitleidenschaft gezogen werden.

Es bleibt daher nur ein Ausweg: Der süddeutsche Markt. „L'Usine“ äußert sich darüber in sehr vernünftiger Weise: „Nach Tradition, Entstehung und geographischer Lage ist für die Saarindustrie Süddeutschland das natürliche Hinterland. Wenn ihr dieser Absatzmarkt verschlossen bleibt und es nicht gelingt, andere Absatzmöglichkeiten zu finden, so wird man sich auf eine erschreckende wirtschaftliche Krisis gefaßt machen müssen, deren Auswirkungen in politischer Hinsicht undurchsehbar sein könnten.“

Daß Frankreich als Absatzmarkt nicht in Betracht kommt, wurde von derselben Quelle schon zugegeben; daß überseeische Märkte nicht in Betracht kommen, um das Absatzproblem zu lösen, steht ebenfalls fest. Deutschland, das im Jahre 1925 seine Handelsvertragsfreiheit wieder erlangt, wird sowohl aus fiskalischen als auch aus sozialpolitischen Gründen einen möglichst hohen Schutzzoll gegen das französische Zollgebiet und damit auch gleichzeitig gegen das Saargebiet errichten. Das brennende Absatzproblem des Saargebietes kann daher nur durch einen deutsch-französischen Handelsvertrag gelöst werden. An dem Zustandekommen eines solchen Vertrages, durch den dem Saargebiet der Zugang zu dem süddeutschen Markt wieder eröffnet und damit zugleich schwere Verluste für das französische Kapital vermieden werden, wird für Deutschland nur insofern Interesse haben, als ihm für die zu fordernde Zollbegünstigung gleichwertige Gegenleistungen französischerseits angeboten werden. Will Frankreich verhindern, daß es zu der oben angeführten „erschreckenden wirtschaftlichen Krise mit unabsehbaren politischen Auswirkungen“ kommt, dann wird es gut tun, möglichst bald an Deutschland heranzutreten, um zum Abschluß eines günstigen Handelsvertrages zu gelangen. „L'Usine“ macht über diese Frage des Abschlusses eines deutsch-französischen Handelsvertrages folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Nichtsdesto-

weniger zeigt gerade die Kompliziertheit der Frage, daß es notwendig ist, sie sobald als möglich anzuschneiden, und daß es sehr bedauerlich ist, wenn sechs Monate vor dem Datum des Ablaufs noch nichts oder fast noch nichts geschehen ist. Denn dieses Datum (gemeint ist der 10. Januar 1925, an dem Deutschland der Verpflichtung zur Gewährung einseitiger Meistbegünstigung an die ehemaligen Feindbündestaaten ledig wird und völlige Handelsfreiheit in bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen wieder erlangt) kann eine völlige Umwälzung unserer Beziehungen mit Deutschland bezeichnen und es wird notwendig, daß unsere Industriellen rechtzeitig unterrichtet werden, damit sie sich auf die vielleicht grundlegenden Änderungen vorbereiten können, die sie angesichts völlig neuer Konkurrenzverhältnisse vorzunehmen haben. . . . Deutschland wird sich im Sommer nächsten Jahres in einer verhältnismäßig günstigen Lage befinden, die es nach seiner Gewohnheit zu seinem größtmöglichen Vorteil ausnützen wird.“

✱

Die Krisis in der saarländischen Leder- und Schuhindustrie nimmt bedrohliche Formen an. Entgegen den Versailler Friedensbestimmungen ist das Saargebiet in den Geltungsbereich des französischen Häuteausfuhrverbots vom 25. Januar d. J. einbezogen worden. Die Lederausfuhr unterliegt in letzter Instanz dem französischen Finanzministerium; zuvor jedoch fungiert als eigentlicher Machthaber ein Konsortium von Lederhändlern und Fabrikanten, das der saarländischen Konkurrenz große Schwierigkeiten macht. Meist ist die Frist zur Ausfuhr längst verstrichen, ehe die 5 bis 6 Instanzen durchlaufen sind. Inzwischen sind natürlich die Aufträge hinfällig geworden. Seit Wochen ist infolgedessen die Arbeitszeit auf 3 bis 4 Arbeitstage in der Woche beschränkt. Die Belegschaften sind stark vermindert. Die Krisis kann nur behoben werden durch Beseitigung der Zollschranken, durch Herabsetzung der Lederpreise, die sehr hoch sind. Daneben muß natürlich eine Beseitigung der Geld- und Kreditnot erfolgen und durch eine Hebung der Kaufkraft der breiten Massen der Absatzmangel beseitigt werden. Festgehalten zu werden verdient aber auch in diesem Fall wieder, daß die Wurzel des Übels in der Einführung des französischen Franken für das Saargebiet und in den verfassungswidrigen Zollschranken durch die französische Besatzung liegt.

Bücherschau.

Geschichte des Saargebietes

von Prof. Dr. h. c. Albert Ruppertsberg. An Stelle der in 2. Auflage vergriffenen vierbändigen Geschichte der ehemaligen Grafschaft und der Stadt Saarbrücken hat deren Verfasser es unternommen, diese in einer gekürzten Form in einem Bande neu herauszugeben. Die vorliegende Arbeit, herausgegeben bei der Saarbrücker Druckerei- und Verlags-A.-G., erfüllt ihre Bestimmung so vortrefflich, daß sie, wie ihre Vorgängerinnen, weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus den Weg finden wird zu allen denen, die sich aus irgendeinem Grunde mit der Geschichte des Saargebietes beschäftigen wollen. Vielleicht läßt ihre handlichere Fassung sie berufen erscheinen, ein Heimatbuch im volkstümlichen Sinne zu werden, ein Buch, das in Schule und Haus der Saarländer bald nirgends vermißt werden möchte. Prof. Ruppertsberg ist es gelungen, die Kürzung so geschickt vorzunehmen, daß die Vollständigkeit des Wertes kaum darunter gelitten hat. Dabei ist der gesamte Stoff umgearbeitet und bis zur Gegenwart vervollständigt worden. Beginnend mit der vorgeschichtlichen und letzten Zeit wird die Geschichte unseres Landes und seiner Bewohner dargestellt. Anschaulich gemacht durch reichen und hochwertigen Bilderreichtum führt uns der Verfasser weiter durch die Römerzeit, fränkische Zeit, gibt einen Ueberblick über die kirchlichen Stiftungen, erzählt von der Entstehung der Grafschaft Saarbrücken, Leben, Wirken und Verdienste der Grafengeschlechter und ihre einzelnen Mitglieder eingehend behandelnd, von der Entstehung der Städte Saarbrücken und St. Johann und der daran anschließenden langen und ereignisreichen Geschichte dieser Städte und ihrer Herren und kommt so unter Berücksichtigung aller wirtschaftlichen und kulturellen Evolutionen bis in die jüngste Vergangenheit. Der zweite Teil gibt noch eine besondere Darstellung der Geschichte der übrigen Länder des Saargebietes und der zu ihm gehörigen pfälzischen Gebietsteile. Das stattliche, 570 Seiten zählende Werk ist entsprechend seinem inneren Werte auch äußerlich als ein wertvolles Buch ausgestattet durch die Verwendung besten Materials. Neben dem erwähnten Bilderreichtum ergänzen zahlreiche Karten aller Einzelgebiete aus allen Zeiten die in vollendeter Meisterschaft geschriebenen Abschnitte. Wir sind fest überzeugt, daß es keiner besonderen Reklame bedarf, um das Werk in der Allgemeinheit einzuführen. Wer es besitzt, wird es schätzen und wer es nicht besitzt, wird sorgen, es bald seiner Bibliothek einzuverleiben. Dr. A. K.

Der Leidenschafts Kampf Elfaß-Lothringens.

Das Elfaß.

Am frühesten ist das Elfaß von den Deutschen besiedelt worden; hier sind auch die Vorgänge im allgemeinen am genauesten bekannt. Schon vor Christi Geburt waren einzelne Germanenstämme über den Rhein in Gallien eingedrungen; hier sei nur an Ariovist erinnert, den Cäsar bekanntlich irgendwo im Elfaß vernichtend geschlagen hat. Jahrhundertlang hatten dann die römischen Provinzen Ruhe. Aber im 3. Jahrhundert beginnen die Einfälle der Alemannen über den Rhein in römisches Gebiet, und im 5. Jahrhundert haben sie die Lande links vom Rhein in dauernden Besitz genommen. Es ist bekannt, wie Chlodwig im Jahre 496 die Alemannen besiegte und nach Süden zurückgedrängt hat. In der Folge bewohnten sie im großen und ganzen dieselben Teile Oberdeutschlands, die heute noch alemannisch reden.

Zu diesem Gebiet, das seit fast anderthalb Jahrtausenden von Alemannen bewohnt wird, gehört auch das Elfaß. Die weite Rheinebene bis zum Fuß der Vogesen ist seit jener Zeit deutsch. Dieses aus den geschichtlichen Berichten erschlossene Ergebnis wird durch sprachliche Beobachtungen bestätigt. Nur verhältnismäßig wenige alte keltische oder römische Ortsnamen haben sich hier erhalten, wie Rembs, Breisach, das ursprünglich auf dem linken Ufer lag, Kolmar und Zabern; die meisten sind untergegangen, so auch der alte Name Straburgs Argentoratus. Das läßt uns erkennen, daß die alte Bevölkerung, deren Zahl in den unruhigen Zeiten wohl schon überhaupt abgenommen hat, vor den neuen Eindringlingen im allgemeinen das Feld geräumt und sich an uns ins Gebirge zurückgezogen hat. Die erhaltenen Namen haben auch bezeichnenderweise wichtige lautliche Veränderungen durchgemacht. Im 6./7. Jahrhundert haben nämlich die hochdeutschen Mundarten gewisse Laute verschoben; von dieser Verschiebung sind auch die keltisch-römischen Ortsnamen betroffen worden. So ist Cambete zu Rembs (Rembs), Brisaca zu Breisach (Breisach), Tabernae zu Zabern geworden. Das zeigt uns, daß die Alemannen eben schon vor der Zeit, in der diese Lautbewegung einsetzte, in der Gegend ansässig geworden sind, daß ihnen die paar alten Namen ganz geläufig sind und daß sie sie darum so wie deutsche Wörter behandelt haben.

Es kann hier, wo es gilt, das Ganze ins Auge zu fassen, nicht unsere Aufgabe sein, das genauere zu verfolgen, wie sich in einzelnen Vogesentälern das Französische noch erhalten und wie sich die Sprachgrenze im Laufe der Zeit hin und her etwas verschoben hat. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Elfaß — ein paar kleine Grenzgebiete abgerechnet — seit mehr als einem Jahrtausend deutsch ist. Was es unter diesen Umständen heißen will, Land und Volk im Elfaß zu franzöfieren, die Elsäßer, auch das Landvolk, zum Gebrauch der französischen Sprache zu nötigen, das vermögen wohl wir Deutschschweizer am besten nachzufühlen. Denn wir sind seit ebenso langer Zeit auf dem Boden des alten Römerreiches heimisch geworden, und auch die Sprachverhältnisse sind bei uns wenigstens im 18. Jahrhundert und im Beginn des 19. Jahrhunderts ähnlich gewesen wie im damaligen Elfaß, insofern auch bei uns dank der Entwicklung der politischen Verhältnisse die führenden Familien in den Städten mit Vorliebe französisch sprachen und schrieben. Was müßten aber wir heute bei einem solchen sprachlichen Zwang verlieren! ...

Freunde der französischen Sprachenpolitik im Elfaß suchen gelegentlich das Vorgehen der Regierung dadurch zu rechtfertigen, daß sie darauf hinweisen, daß das deutsche gar nicht die Muttersprache der Elsäßer sei, vielmehr der Dialekt, der etwas ganz anderes sei als die deutsche Schriftsprache; diese müsse der Elsäßer wie eine Fremdsprache lernen. Diese Behauptung mag einzelne wohl verblüffen, tatsächlich ist sie aber durchaus falsch. Schriftsprache und Dialekt sind nicht zwei verschiedene Sprachen, sondern zwei verschiedene Formen derselben Sprache. Es ist wohl in der Schweiz nicht nötig, über das Verhältnis der alten, bodenständigen Mundarten zu der deutschen Schriftsprache, die sich erst seit dem 16. Jahrhundert ausgebildet hat, genaueres auszuführen. Wir wissen alle, wie nahe sie sich im Grunde stehen trotz allen Unterschieden in Lautgebung und Wortschatz, und wie der Gebrauch der Schriftsprache auch dem einfachen Mann aus dem Volke alle schriftlichen Aufzeichnungen erleichtert.

Der schönste Beweis aber dafür, daß das Elfaß ein durch und durch deutsches Land und daß das Deutsche die Muttersprache des Elsäßers ist, liegt darin, daß das Land seit alter Zeit am deutschen Geistesleben hervorragenden Anteil genommen hat und daß seine Söhne die deutsche Literatur mit ihren herrlichen Werken bereichert haben. Ein paar Andeutungen mögen hier genügen. Da ist Ottfried von Weiszenburg, der erste deutsche Dichter, dessen Namen wir kennen, der zu einer Zeit, wo allein die Geistlichen Träger höherer Bildung waren, seine deutsche Evangelienübersetzung aus dem Kloster im Unterelsaß hat ausgehen lassen. In der Blütezeit höfischer Dichtung dichtete Meister Gottfried von Straburg sein berühmtes Epos Tristan und Isolde in elegantem

testem Deutsch, freilich — wie es damals Mode war — in Anlehnung an ein französisches Vorbild reichlich mit französischen Broden gespickt. Es ist aber bezeichnend, daß der Dichter in der Regel den fremden Worten und Redensarten ganz unauffällig die Uebersetzung beifügt, offenbar, weil er nicht darauf rechnen kann, daß sein Französisch ohne weiteres verstanden wird. Aus der großen Zeit des 15. und 16. Jahrhunderts sind Männer zu nennen wie der volkstümliche Prediger Geiler von Kaisersberg und der ihm befreundete Sebastian Brant aus Straburg, der Verfasser des Narrenschiffes, ferner Thomas Murner, der große Satiriker und Gegner Luthers auch der sprachgewaltige Fischart nennt Straburg seine Heimat. Noch aus dem 18. Jahrhundert, der Zeit der Franzosenherrschaft, ist etwa der Fabeldichter Pfeffel aus Kolmar zu nennen, dessen Gedicht „Die Tabakspfeife“ bis heute lebendig geblieben ist. Endlich darf wohl noch daran erinnert werden, daß der Student Goethe gerade in Straburg sich für deutsche Art und Kunst begeistert hat.

Besonders interessant ist es, die französischen Assimilierungsversuche im Elfaß, das ja vor 1870 länger als 200 Jahre französisch war, zu betrachten.

Selbstverständlich sind die obersten Beamten von Anfang an Franzosen; wer vorwärts kommen und einen gewissen Einfluß gewinnen will, lernt darum, wie im römischen Gallien, die Sprache des Landesherrn. So entsteht jene Oberschicht unter der elsässischen Bevölkerung, besonders in den größeren Städten, die beide Sprachen spricht, bei der aber in Augenblicken gemüthlicher Erregung die deutsche Muttersprache oft mit Macht wieder durchbricht. Der Mann aus dem Volk aber hat vom Wechsel der Herrschaft an sprachlichen Vorgängen im allgemeinen wohl wenig gespürt — eine allgemeine Volksschule gab es ja damals noch nicht; die königliche Regierung hat sich — religiöse Fragen ausgenommen — vor harten Eingriffen in die Eigenart des Landes weise gehütet. So ist die Sprache des Volkes deutsch geblieben. Auch aus Reiseberichten des 18. Jahrhunderts vernehmen wir immer wieder, daß das Elfaß den Eindruck eines durchaus deutschen Landes macht. Bezeichnend dafür ist zum Beispiel auch, daß die Verordnungen der Stadtverwaltung von Straburg bis in die letzten Jahre vor der französischen Revolution regelmäßig in deutscher Sprache herausgegeben wurden; dann erscheinen sie ein paar Jahre lang zweisprachig, im 19. Jahrhundert sind sie in der Regel französisch. Wie hier so hat die Revolution auch sonst in manchem Punkte einen gründlichen Umschwung gebracht: die höchste Unterrichtsanstalt des Landes, die Universität Straburg, die damals noch wesentlich eine deutsche Universität war und gerade im 19. Jahrhundert eine Zeit der Blüte erlebte, hat dies besonders zu fühlen bekommen. Daß freilich die scharfe Tonart der Revolutionsmänner, die am liebsten alles gleich gemacht und die deutsche Sprache im Elfaß völlig verdrängt hätten, auf die Dauer nicht vorgehalten hat, daß die Bevölkerung, auch wenn die Zahl derjenigen größer geworden, die nebenbei französisch sprachen oder schrieben, doch auch vor 1870 im ganzen an der deutschen Muttersprache festgehalten hat, das braucht in einer Basler Zeitung nicht genauer ausgeführt werden.

Wir haben den wertvollen Ausführungen des Schweizer Gelehrten kaum noch etwas hinzuzufügen, es sei denn die Feststellung, daß es wohl nicht angängig ist, von einer deutschen Sprachminderheit im Elfaß zu sprechen. Daß die deutsche Sprache von der weit überwiegenden Mehrheit der elsässischen Bevölkerung als Muttersprache gesprochen wird, geht ja schließlich auch aus den Ausführungen des Professors Brudner hervor.

*

Die „Elsässerpartei“ verlangt Autonomie.

Aus Straburg wird uns geschrieben:

Die armen Franzosen, die jetzt in den Ferientagen unser Land, vor allem Straburg, besuchen, um die befreiten „Brüder“ an ihr Herz zu drücken, haben am 31. Juli einen schweren Stoß erlitten. Als sie durch die Straßen der wunderschönen Stadt pilgerten mit ihren Segeltuchtaschen voll Proviant und ihren weißen Tennisschuhen — über diese Merkmale unserer neuen Herren lachen wir heute mindestens ebenso hämisch wie einst über den Ruckack und über den hutschmüdenden Kasierpinsel der „Schwome“ —, als sie erhobenen Hauptes vor Erwins Dom als „Befreier“ standen, da trafen sie auf ihren Umzügen an allen Straßenenden auf ein Plakat folgenden Inhalts:

„Die Elsäßer verlangen:

1. Selbstverwaltung mit eigenem Parlament, eigenem Ministerium und eigenem Budget.
2. Die Juden sollen keine politischen Rechte haben.
3. Der Mißbrauch der Pressefreiheit muß aufhören.

Unterzeichnet ist das Manifest von dem Führer der „Elsässerpartei“ Klaus Jörn von Bulach.

Ja, was ist denn mit diesen „Besreiten“ los? Was nützt es, wenn man auch weiß, daß „Klaus Jörn von Bulach“ nicht der rechte Führer ist, daß er oft ein bißel zu sehr den Komiker abgibt. Man verspürt bei jeder Berührung mit dem elsässischen Volke, daß er der einzige ist, der das offen sagt, was die erdrückende Mehrheit des Volkes denkt. Das gilt wenigstens von dem ersten Punkt des Manifestes. Punkt 2 ist nicht so wichtig. Na und Punkt 3 scheint von Bulach mehr als Bih gedacht. Pressefreiheit? Ja, unsere guten Deutschen, die in französischem Patriotismus wachen, die noch immer nicht merken, daß es Zeit ist, die Platte am Grammophon zu wechseln, wenn man das Volk hinter sich haben will, die haben die Freiheit! Aber Bulach steht ja nun, was mit der Freiheit los ist. Seine Plakate werden sofort beschlagnahmt, überall durch die Polizei abgetraht und die Staatsanwaltschaft befaßt sich mit der Angelegenheit. Ja, dieser verfluchte Punkt 1! Jeder Elsässer liest den mit wonnigen Gefühlen. Und die Franzosen, die Kinder der „republique une et indivisible“ sehen, wie die Kluft zwischen ihnen und den Elsässern, auf die sie immer wieder stoßen, ganz entsetzlich tief ist. Das Land ist noch im Aufruhr wegen der Ankündigung Herriots, er werde jetzt auch in Elsaß-Lothringen die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen. Nun steht dieser Jörn von Bulach, den man mit seiner Elsässerpartei schon in der Versenkung verschwunden glaubte, wieder auf und verlangt ein selbständiges Elsaß. Denn das sucht doch jeder hinter seinem Programm, das er mit schönen Redensarten verkleidet, weil er ja schließlich doch heute französischer Staatsbürger ist! Er erklärt, er wolle ein ebenso guter Franzose, in einem selbständigen Elsaß bleiben wie die Kanadier Engländer seien! Nun ja, ins Zuchthaus wird Bulach gewiß nicht wollen. Wir Elsässer verstehen uns auch so! Es kann bei uns heute nicht zu deutlich geredet werden. Es fehlt uns ja die Nacht, unseren Willen durchzusetzen. Deutschland am Boden, Frankreich allmächtig! So genügen uns Bulachsche Formeln, es genügt uns, wenn am Tage der großen Protestkundgebung gegen die Trennung von Kirche und Staat zu Straßburg auf dem Kleberplatz am 20. Juli am Kleberdenkmal ein Kranz von roten Rosen niedergelegt wird! Die elsässischen Farben! Solch kleine Handlung, ein Wort über „Selbstverwaltung“ genügt, um uns alle in der Hoffnung zusammenzuführen!

Bulach war so klug, auf seinen Plakaten auch die Volksabstimmung für Elsaß-Lothringen in der Frage der Trennung von Kirche und Staat zu verlangen. Er spricht sich nicht für oder gegen die Trennung aus. Er will nur, daß das elsässische Volk sich seine Lebensverhältnisse selbst ordne. Er weiß, daß in dem zu vier Fünfteln katholischen Elsaß und dem rein katholischen Lothringen wohl die Mehrheit gegen die Einführung der Trennung von Kirche und Staat sein wird. Er weiß aber auch, daß weit über diese gewöhnliche Mehrheit hinaus das elsässische Volk in erdrückender Mehrheit, ganz unabhängig davon, ob für oder gegen die Trennung von Kirche und Staat eingestellt, die Einmischung Frankreichs in das elsässisch-lothringische Leben zurückweist und sich zur Freiheit emporringen will.

Die elsässische Presse ist Parteipresse. So kann sie sich nicht hinter den gegnerischen Parteiführer Jörn von Bulach stellen. Aber es ist interessant, wie wenig sie ihn heute bekämpft, trotz dem Bulach als „Führer“ recht viel Angriffsseiten darbietet.

Die „République“ in Straßburg, das Organ der Radikalsocialisten, sagt zu dem Punkt 1: „Selbstverwaltung mit eigenem Parlament“, kein Wort. Sie regt sich nur über die Judenhege auf und fordert Pressefreiheit. Und es ist doch interessant zu hören: „Mit diesem Manifest hat sich Herr von Bulach, der eine Zeitlang zweifellos eine gewisse Popularität gewonnen hatte, weil er frei von der Leber redete und manches sagte, was auch einmal gesagt werden mußte, endgültig gerichtet.“ (République 1. 7. 24).

Wenn Bulach weiter offen redet, so wird er doch noch nicht gerichtet sein! Ob er letzten Endes der „Führer“ bleiben wird, ist fraglich, aber er ist ein guter Wegbereiter. Und die katholische Presse, die sich freut, daß Bulach auch in der Frage, ob Elsaß-Lothringen wie Frankreich die Trennung von Kirche und Staat erhalten soll, die Volksabstimmung verlangt, stellt sich gewissermaßen hinter Bulach. Der „Elsässer“ (Straßburg) vom 2. August erklärt, daß Bulach ruhig die Autonomie verlangen könne, ohne daß das die Staatsanwaltschaft etwas angehe. Die Kommunisten dürfen auch in ihrem Programm den Staat ablehnen. Die Linksparteien Frankreichs hätten unter Verfassungsbruch Millerand gestürzt. Also!

Wir sind auf alle Fälle Bulach dafür dankbar, daß er die Dinge wieder ein Stück weiter geführt hat. Heraus aus der Lüge vom „französischen Elsaß“!

*

„Plebiszit!“

Aus Straßburg wird der „Grenzland-Korrespondenz“ geschrieben:

Die Forderung der elsässisch-lothringischen Katholiken, Herriots Kulturkampfansagung einer Volksabstimmung zu unter-

werfen, hat in französischen Kreisen schwere Sorgen hervorgerufen. Schon das Wort „Plebiszit“ hat ja für sich etwas Unheimliches an sich. Sie wissen wohl, daß die 1918 unterlassene Volksbefragung über die „Rückkehr zu Mutter Frankreich“ ein Kapitel ist, das im Buche der Weltgeschichte noch nicht abgeschlossen ist.

Die Propaganda für ein Plebiszit, wie sie gerade von den Kreisen in Elsaß-Lothringen heute versucht wird, die dem Worte bisher keinem Geschmack abgewinnen konnten, hat nun auch... René Casar Ley auf den Plan gerufen, den Märtyrer des elsässisch-lothringischen Selbstbestimmungsrechts, der wegen Attentats auf die Sicherheit des (französischen) Staates“ auf sieben Jahre ins Zuchthaus gewandert ist. Er hat einen Brief an den Herausgeber der Straßburger „République“ gerichtet, der folgendes enthält: „Warum bin ich noch immer eingekerkert? Habe ich mehr getan als die, welche heute das Plebiszit verlangen, welche vom elsässischen Freiheitskampf sprechen und von der Verteidigung ihrer Rechte „bis aufs Blut“, zu der sich „das ganze Land von Basel bis Weissenburg, von den Vogesen bis zum Rhein wie ein Mann erheben wird?“ Der belastendste Satz aus meinen Flugblättern, der als Aufforderung zum Aufruhr ausgelegt und für meine Verurteilung entscheidend wurde, war der: „Alle Mann auf die Straße!“ Wie harmlos klingt dieser Satz gegenüber dem, was sich heute andere Elsässer erlauben!

Warum bin ich während vieler Monate in Straßburg in einem Raubtierkäfig eingesperrt worden, in welchem ich meine Gesundheit, meine Intelligenz, mein Wissen verloren habe? Warum hat man gewartet, bis ich krank und ein Schatten meiner selbst geworden, um mich vor die Richter zu schleppen? Warum gehe ich langsam dem Grabe entgegen, niedergedrückt durch ein Verdict, daß ich mir in meinem Kerker zugezogen habe?

Warum haben nur gewisse Leute ein Recht, ein Plebiszit zu verlangen und die Regierung mit dem Aufrollen der „elsässisch-lothringischen Frage“ zu bedrohen?

Warum bin ich, der Nachkomme einer alten elsässischen Familie, allein wegen meines Ideals verurteilt worden und wegen des Plebiszites, daß ich doch nur verlangt habe, bevor der Friedensvertrag das Elsaß völkerrechtlich mit Frankreich vereinigt hatte.

Diese Fragen sind es, die ich öffentlich aufwerfe, vor dem Lande und vielleicht auch vor meinem baldigen Tode?

Man hatte hier gehofft, daß Ley unter die Amnestie der Herriot-Regierung fallen werde; man begreift die Unmenslichkeit nicht, unserem todkranken Landsmann die Wohltat der Begnadigung vorzuenthalten. Fürchtet man den Ley wirklich so sehr? Was kann denn ein einzelner gegen die berühmte unerschütterliche Liebe der Elsässer und Lothringer zur „mère-patrie“ anrichten?! Ehrenpflicht der elsässischen und lothringischen Abgeordneten sollte es sein, dem Landsmann zur Freiheit zu verhelfen, daß sich nicht einer von ihnen darum zu bemühen scheint, wirkt entsetzlich niederdrückend.

*

Der Kulturkampf in Elsaß-Lothringen.

Mit 313 gegen 234 Stimmen hat die französische Kammer die Erklärung der neuen Regierung betr. Einführung der französischen Schulgesetze in Elsaß-Lothringen ohne Zusatz angenommen, und damit die von Herriot angelegte Einführung der gesamten innerfranzösischen Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen angenommen. Hierzu bemerkt die „Saarbr. Bundes-Zeitg.“ u. a.: Der Religionskrieg ist nun seitens der Regierung erklärt. In Inner-Frankreich gibt es auf dem religiösen Gebiete nur noch religiöse Trümmer. Die Kreuzfahnen sind aus den Schulen hinausgeworfen, der Name Gott aus den Schulbüchern entfernt, die eigenen Landesfinder, die sich Gott und dem Wohle des Nächsten weihen (die Ordensleute), ausgewiesen. Offiziell, im Namen Frankreichs waren dem elsässisch-lothringischen Volke die Garantien gegeben worden betreffs der Achtung ihrer Freiheiten, Traditionen, Ueberzeugungen und Sitten und heute wird dieses Wort vor aller Welt mit Füßen getreten.

„Ich bringe euch den Kuß Frankreichs“, hatte Marshall Joffre am 24. November 1924 in Thann gesagt. Der Kuß ist an dem getauften Volke zum Verräterkuß geworden.

Aber Elsaß-Lothringen will den Kampf für seine Religion aufnehmen. Am 29. Juni fand in Schleifstadt eine von 500 Delegierten der Männer- und Jünglingsvereine des Elsaß besuchte Versammlung statt, die folgende Resolution faßte:

„Der außerordentliche Delegiertentag des Diözesanverbandes der katholischen Männer- und Jünglingsvereine, auf dem 300 Vereine mit 35 000 aktiven Mitgliedern vertreten sind, stellt die tiefgehende Empörung fest, die seine Zugehörigen infolge der Absicht der Regierung, im Elsaß die Laiengesetze einzuführen, ergriffen hat.

Im Auftrage seiner Mitglieder und im vollständigen Uebereinkommen mit ihnen protestiert er mit aller Energie:

gegen die Aufhebung der Gesandtschaft am Vatikan, die eine Beleidigung des Heiligen Vaters und ein Schlag ins Gesicht der ganzen katholischen Welt, besonders der Katholiken Frankreichs, ist;

gegen die einseitige Aufhebung des Konkordates und die Einführung des französischen Trennungsgesetzes, das nicht ein Gesetz der Freiheit sondern ein Gesetz der Knebelung und Beraubung für die Kirche ist;

gegen die Einführung der französischen Schulgesetze der Laienschule, deren Ziel die Heranziehung eines gott- und religionslosen Geschlechtes ist;

gegen die Einführung der französischen Kongregationsgesetze, die keinen anderen Zweck verfolgen als das Ordenswesen, besonders die Bebrorden, zu vernichten;

gegen jeden gesetzlichen Zustand, der diese Gesetze allmählich bei uns zur Geltung bringen könnte.

Er fordert die Verbandsvereine auf, sich geschlossen dem Bischof und der treu katholischen Bevölkerung als Elitetruppe im Kampf für unsere religiösen Freiheiten zur Verfügung zu stellen.

Unsere Vereine werden nie dulden, daß eine freimaurerische Regierung vor der ganzen Welt Frankreich als wortbrüchig hinstellt, das unsern Provinzen festerlich wiederholt die Wahrung ihrer Rechte und Freiheiten versprochen hat. Der Delegiertentag gibt seinem entschlossenen Willen Ausdruck, seine Freiheiten mit eiserner Energie und elssässischer Zähigkeit bis aufs äußerste zu verteidigen und verlangt, daß das elssässische Volk über die Lebensfragen über Kirche und Schule um seinen allein maßgebenden Willen befragt werde."

Am gleichen Tag fand in Lauterburg, der äußersten Ecke des Bundes ein Eucharistischer Kongreß statt, von 7000 Teilnehmern besucht, an dem auch der Bischof teilnahm, und auf dem unter jubelnder Begeisterung die Verteidigung der Religion festerlich beteuert wurde. Auch in Colmar, Rappoltswiler, Neubreisach, Kusach, Altkirch usw. fanden glänzende Versammlungen statt zur Erhaltung der religiösen Freiheiten.

Die glänzendsten Kundgebungen dürften die beiden Protestversammlungen in Colmar am 6. Juli gewesen sein; die eine im Vereinsgarten von St. Joseph, von etwa 2000 Teilnehmern besucht und die andere in der Pfarrei St. Martin, von über 5000 Männer und Frauen besucht, die größte Versammlung, die Colmar je gesehen. U. a. ergriff der Abgeordnete D. Ploger das Wort, der neben anderem sagte: Wir werden nicht bedroht, sagte er eingangs, von äußeren Feinden sondern von unserer eigenen Regierung. Wir glaubten, Frankreich würde uns noch mehr Freiheiten bringen, nun will es uns sogar diejenigen nehmen, die uns Deutschland belassen. Dazu sind wir nicht französisch geworden. Man bleibe uns weg mit dem Vorwurf des Antipatriotismus. Der zieht nicht mehr, wir haben gesehen bei den Wahlen, wie die Innerfranzosen den Patriotismus verstehen. Das Elßas hat vielleicht die Aufgabe, Frankreich aus seinem Sumpfe zu retten.

Nach einer weiteren Ansprache fand dann ein großer Umzug statt unter Abfingen des „Großer Gott wir loben dich!“. Alle größeren Versammlungen sandten Protestschreiben an den Präsidenten der Republik, an Herriot und an die beiden Präsidenten des Senats und der Kammer. Besonders Eindruck macht es, daß eine Reihe von Gemeindevertretungen energisch für die religiösen Freiheiten eintreten und teilweise sogar verlangen, daß die ihnen auferlegten Beschränkungen, wie der Militärzwang der Geistlichen, wieder zurückgenommen werden. Das Wort: Lieber los von Frankreich als von Rom, kann man in Aktivkreisen oft genug hören und der ganze Unmut, den man seit dem Einzug der Franzosen durch eine Menge lästiger Verordnungen verschluckt hat, droht hervorzuwachen. In einer Presseschau erhebt sich eine protestantische Stimme und ruft der Regierung warnend zu: Die Regierung nehme sich in acht, man weiß niemals, wie weit religiöse Konflikte führen können, besonders wenn sie so ungeschickt eingefädelt werden. Dann spielt in allen diesen Fragen die Ehrlichkeit eine Rolle. Alles spricht gegen Frankreich, das durch eine radikale Regierung vertreten ist, und viele Geister sagen: Warum so viele Versprechen im Jahre 1918? Weil die Regierung unsere Zustimmung nötig hatte."

Auch in Lothringen rüstet man sich zum Kampfe: Die katholische Presse verlangt in großen Lettern am Kopfe ihrer Blätter eine allgemeine Volksabstimmung in Kirchen- und Schulfragen. Überall sieht man Plakate, die zu Protestversammlungen aufrufen.

Für das Saargebiet sind all diese Vorgänge in Elßas-Lothringen von größter Bedeutung. Die Katholiken und alle noch irgendwie religiös Denkenden sehen an dem Beispiele Elßas-Lothringens, was von Frankreich im Falle einer Verbrüderung nach Westen für das Saargebiet zu erwarten wäre.

Der Hilfsbund für die Elßas-Lothringer im Einbruchgebiet verboten.

Wie uns der Hilfsbund für die Elßas-Lothringer im Reich mitteilt, ist durch Befehl der Generals Degoutte der „Hilfsbund für die Elßas-Lothringer im Reich“ im Einbruchgebiet verboten worden, weil er „eine Gefahr für die Sicherheit der Besatzungstruppen und die öffentliche Ordnung“ bilde. Durch französische Maßnahmen wurden nach Abschluß des Waffenstillstandes gegen 150 000 Deutsche aus Elßas-Lothringen von Heim und Herd, aus Besitz und Beruf vertrieben. Mittellos, elend und halb verhungert haben viele von ihnen im Industriegebiet an der Ruhr neuen Wohnsitz und neue Arbeit gefunden. Um in ihrer Not sich gegenseitig zu beraten und zu unterstützen und um den staatlichen Behörden und der Reichsregierung gegenüber ihr Recht auf ausreichende Unterstützung und Entschädigung durchzusetzen, haben sie sich zu Ortsgruppen des Hilfsbundes zusammengeschlossen. Seit Januar des vorigen Jahres haben sie alle Räte der französischen Besatzung über sich ergehen lassen müssen, und nun erfolgt als letzter Schlag gegen sie das Verbot ihrer Selbsthilfeorganisation.

*

„Straßburg in Deutschland!“

Der „B. Z. am Mittag“ zufolge wird im offiziellen Bericht der amerikanischen Weltflieger Straßburg als deutsches Gebiet bezeichnet. Diese Tatsache hat bei der französischen Regierung helle Entrüstung hervorgerufen, so daß der amerikanische Botschafter sich gezwungen sah, wegen des Irrtums seiner Regierung um Entschuldigung zu bitten. In Washingtoner Regierungskreisen war man so davon überzeugt, daß Straßburg zu Deutschland gehöre, daß statt des amerikanischen Luftattahe in Paris der Berliner Attache nach Straßburg entsandt wurde, um die notwendigen Vorbereitungen des Fluges zu treffen. Die Ankunft des Attaches in Straßburg hat die Aufmerksamkeit der französischen Behörde auf das amtliche Communiqué gerichtet, wo die Landung des Fliegers in „Straßburg-Deutschland“ angekündigt wird.

Die Eisenindustrie im Saargebiet.

Die Kohlenpreisbildung bestimmt nach wie vor den Geschäftsgang der saarländischen Eisenindustrie und zwingt die Produktion in immer engere Grenzen. Der Preis der Saarkohle nimmt in der Selbstkostenberechnung der saarländischen Hüttenwerke den größten Raum ein, von ihm wird der Absatz und die Geschäftsentwicklung maßgebend beherrscht. Der billige Kohlenbezug in Vorkriegszeiten war der Vorteil, der die Saareisenindustrie stark und wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt machte und den Vorteil ausglich, den die Lothringer Werke in der Erzfrachtersparnis hatten. Heute arbeiten die Saarwerke unter den gleichen Kohlenverhältnissen wie die Lothringer Hütten, zahlen dazu 6—8 Fr. Fracht pro Tonne Erz und sind infolge des höheren Lebensindex im Saargebiet gezwungen, höhere Löhne als die konkurrierenden Unternehmen zu zahlen. Dadurch wird der Wettbewerb mit diesen äußerst erschwert. Berücksichtigt man ferner, daß erstens bei dem Versand über Antwerpen die saarländischen Hütten 42,— Fr. Fracht pro Tonne zu zahlen haben, während die Lothringer Hütten nur 30,— Fr. pro Tonne entrichten, zweitens, daß die Lothringer und französischen Hütten gewisse Exportprämien beziehen, so wird man die Berechtigung der Kohlenpreisforderungen der Saarkhütten anerkennen. Eine weitere Tatsache, die den Saarkhüttenwerken eine gewinnbringende Tätigkeit fast unmöglich macht, ist die, daß der Antwerpener Hafen infolge Überlastung dauernd verstopft ist, dadurch entstehen Umladepesen, Wartegelder, Zinsverluste, wodurch die ohnehin schon hohen Frachtkosten des Exportgeschäftes noch vergrößert werden. Andererseits scheinen die Regiebahnen mehr dem Grundgedanken einer möglichst gewinnbringenden Ausbeute, als dem der Förderung des Handels und der Industrie zu huldigen und erheben Frachgebühren, die weit über die französischen Frachtsätze hinausgehen. So zahlen die Hütten bei dem Versand über Ludwigshafen zirka 50,— Fr. pr Tonne, während bei dem Versand über Straßburg der Satz nur 18,— Fr. beträgt. Wenn sich die 20 Prozent Kohlenpreiserhöhung der Ruhrkohlenbergwerke in den Preisen der dortigen Industrie auswirkt, wird auch die Konkurrenz der deutschen Werke wieder stärker in die Erscheinung treten, die Betrachtung der Lage der saarländischen Eisenindustrie bietet also alles in allem kein erfreuliches Bild.

Wie die „Saar-Zeitung“ hört, soll von den deutschen Eisenbahnen ein größerer Auftrag auf Eisenbahnschienen bei saarländ. Werken plaziert worden sein, auch von der türkischen Regierung wurden größere Mengen Oberbaumaterial verlangt. Die französischen Eisenbahnen suchen ebenfalls einen Teil ihres Schienenbedarfs, der besonderen Ansprüchen genügen soll, im Saargebiet zu decken.

Das Saarkohlenbecken.

Von Th. Schmidt in der „Saarbrücker Zeitung“.

Das Saarkohlenbecken liegt in einer langgestreckten tiefen Mulde eingebettet, die sich zur Urzeit hier ausdehnte und die durch die heutigen Flußläufe der Saar und Nahe sowie die Wetterausenke gekennzeichnet wird. Dieser Muldenzug tritt in seiner Grundform noch heute deutlich in die Erscheinung. Er wird von der Geologie als der Saar-Nahe-Wetterauegraben bezeichnet. Derselbe war von gewaltigen Gebirgen umrandet. Als deren Reste lagern heute im Süden die Haardt und der Odenwald, im Norden das Rheinische Schiefergebirge. In dieser Senke hat sich in den unermesslichen Zeiträumen der Steinkohlenzeit aus den gewaltigen Holzmassen der Steinkohlenwälder die Bildung der Kohlenlagerungen vollzogen, wie sie allgemein durch die geologischen Forschungen der Neuzeit bekannt ist.

Der Geologe E. Weis stellte aus den Steinkohlenfossilien des Saarbrücker Gebietes 210 Pflanzenarten der Steinkohlenzeit fest, die an der Bildung der Saarkohle beteiligt waren. Jene Urwaldmassen von staunenswerter Ueppigkeit und einem undurchdringlichen Pflanzengewirr bestanden hauptsächlich aus Siegel- und Schuppenbäumen, Riesenfarnen verschiedenster Art sowie baumartig entwickelten Schachtelhalm- und Bärlappgewächsen. Im Gegensatz zu diesen Pflanzenresten des Saarbeckens sind die Fossilien von Tieren der Steinkohlenzeit gering. Zu den schönsten dieser gehören die gut erhaltenen Abdrücke von Insektenflügeln. Sie sind jedoch nicht häufig. Zahlreicher werden Fossilien verschiedener Krebstiere, Anthracosien, Fischschuppen und Auscheidungen von Sauriern gefunden. Versteinerungen oder Abdrücke, die ein höheres Tierleben der Steinkohlenzeit bekundeten, das Vorhandensein typischer Landbewohner etwa, sind bisher nicht vorgekommen und wohl auch nicht zu erwarten.

Die Saarbrücker Steinkohlenmulde war ein ehemaliges Sumpfboden des Binnenlandes, in das nie die Meereswogen einbrangen. Darin steht das Saarbrücker Steinkohlenggebiet im Gegensatz zu den übrigen Steinkohlenvorkommen Westdeutschlands bei Aachen, am Niederrhein und in Westfalen. Letztere entstanden in der unmittelbaren Meeresnähe. Ihre Steinkohlenwälder erwuchsen unter einem ungemein feuchten Klima, wie es denen der Sumpfböden im Landinneren nicht zugute kam. Der Unterschied im Feuchtigkeitsgehalt der Luft war von bestimmendem Einfluß auf die Pflanzenarten und ihre Holzbildung. Nach der Pflanzenführung dieser verschiedenartigen Verhältnisse werden von der Wissenschaft zwei große Steinkohlengruppen unterschieden: solche Steinkohlen, deren Bildungsmaterial am Meeresstrand unter einem ungemein feuchten Seeklima entstand, und jene anderen Steinkohlen, deren Holzmassen in Binnenbecken in weniger feuchten Klimaten erwachsen sind. Erstere Steinkohle wird als parasilische, letztere als limnische bezeichnet. Darin liegen auch die wesentlichen Unterschiede zwischen der Saarkohle und der übrigen westdeutschen Kohle begründet. In den gesamten übrigen Steinkohlengebieten Deutschlands nimmt der Gasgehalt der Kohle nach der Tiefe hin gleichmäßig ab, so daß hier die Magerkohle zutiefst lagert. Im Saarbrücker Becken jedoch lagern die Magerkohlen in dem oberen Steinkohlengebirge und die gasreichen Kokssteine in der Tiefe.

Das Saarkohlenbecken ist in seiner Flächen- und Tiefenausdehnung noch nicht völlig durchforscht und bekannt. Sein östlich gestreckter Muldenzug ist zum größten Teil in das Devon des Pfälzer Berglandes, in seinem kleineren Restteil in das lothringische Stufenland eingesenkt. Das Gebiet, das durch Bohrungen aufgeschlossen ist und das in bauwürdiger Tiefe Kohlenlagerungen führt, umfaßt in seinem preussischen Hauptteil rund 100 000 Hektar. Die südwestliche Fortsetzung in Lothringen, von Forbach nach Pont-à-Mousson hin, erstreckt sich über rund 47 500 Hektar. Der kleinste Anteil des Beckens entfällt auf die Bayerische Pfalz bei St. Ingbert und Homburg. Er beläuft sich auf 5500 Hektar. Weit ausgedehnter aber sind die auf Kohlenbergbau verliehenen Felder. Bei unserer gegenwärtigen Technik gestattet die Tiefenlagerung jedoch nur in einem Teil dieser Felder die Kohlegewinnung. Der lothringische Teil des Saarbeckens stößt im äußersten Südwesten mit dem Becken von Pont-à-Mousson nach Frankreich hinein. Er ist nur wenig durch Tiefbohrungen aufgeschlossen. Von seinen 37 500 Hektar werden von französischen Geologen 15 000 Hektar als abbauwürdig bezeichnet.

Die Lagerungs- und Flözverhältnisse der Kohle des Saarbeckens sind durch die geologischen Sonderheiten des Gebietes vielfach ganz eigenartige. Die Saar-Steinkohlenbildung wird unmittelbar überlagert von dem auf die Steinkohlenzeit folgenden Unterrotliegenden. Zu Ende dieses wurde das Saarbrücker Karbon zu einem nordöstlich streichenden Sattel aufgefaltet. Dieser wird als „Pfälzer Sattel“ bezeichnet. Der Südostflügel der Auffattlung fällt stärker ein als der Nordwestflügel. Karbon und Unterrotliegendes werden wieder überlagert von den jüngeren Schichten des Oberrotliegenden, auf

die sich zuletzt die Trias, namentlich mit Buntsandsteinen, auflagert. Dieses Deckengebirge wird nach Südosten und Südwesten, also nach der Pfalz und nach Lothringen hin, immer mächtiger. Hier findet sich als Auflagerung auch Zursalk. Das Saarbecken bildet infolge jener Auffattlung an der Oberfläche heute eine nordöstlich gestreckte Steinkohlen-Gebirgsinsel, die rings von Schichten des Rotliegenden und der Trias umsaumt wird.

Das Saar-Karbon erreicht nach den Angaben einiger Geologen in dem westlichen Teile des Beckens mutmaßlich die gewaltige Mächtigkeit von 6000 Meter. In östlicher Richtung nimmt es langsam an Stärke ab. Seine Schichtungen ruhen aber nicht mehr in der ursprünglichen Lagerung. Sie wurden durch Hebungen und Senkungen vielfach zerrissen und verschoben, emporgehoben oder in die Tiefe verworfen. Eine ganz auffallende Verwerfung dieser Art bildet der sog. „südliche Hauptsprung“. Er verläuft in nordöstlichem Zuge südöstlich der Linie Saarbrücken-Neunkirchen und stellt die Höhe der oben erwähnten Auffattlung dar. An ihm ist der südöstliche Teil des Beckens abgerissen und zu ganz bedeutender Tiefe abgesunken. Infolgedessen ist die Mächtigkeit des Deckengebirges in diesem Gebiet — nach der Pfalz und Lothringen hin — weit größer als in dem nordwestlichen Beckenteil, in den durch Bergbaubetrieb voll erschlossenen preussischen Kohlenfeldern des Saarreviers. Südöstlich dieses Hauptsprunges ist das Saar-Steinkohlengebirge wohl vorhanden. Um die gleichen Flözlagerungen des preussischen Gebietes jedoch zu erreichen, müßte hier ein Deckengebirge von vielleicht 2000 Meter Mächtigkeit durchteuft werden. Neben diesem Hauptsprung zerlegt eine Reihe nordwestlich streichender Querverwerfungen das Saarbrücker Becken in eine größere Anzahl gegeneinander verschobener Stücke. Diese Lagerungsstörungen bestimmen die Einteilung der Bausefelder und das technische Vordringen zu ihrem Abbau.

Das Saarbrücker Steinkohlengebirge führt zahlreiche Flöze, die nur wenige Zentimeter stark und somit nicht abbauwürdig sind. Die in Abbau stehenden Flöze haben durchschnittlich 80 bis 100 Zentimeter Kohle. Flöze von zwei bis drei Meter Stärken gehören im Saarbecken zu den Seltenheiten. Sie sind stets durch schwächere oder stärkere Mittel in mehrere Bänke geteilt.

Die jüngste Kohle des Saarbrücker Karbons ist die gasarme Magerkohlengruppe. Sie wird als der „hangende Flöz“ bezeichnet und lagert in der unteren Abteilung der obersten Steinkohlengebirgsstufe des Beckens, für die sich der Name „Dittweiler Schichten“ eingebürgert hat. Diese sind flözarm. Sie enthalten in 600 Meter Schichtenmächtigkeit eine Kohlenlagerung von durchgehends drei Meter Stärke. Unter den Dittweiler Schichten lagern die sog. „Saarbrücker Schichten“. Diese Stufe ist reich an Flözen. Sie birgt in den mittleren Saarbrücker Schichten den oberen und unteren Flöz der Flammkohlengruppe und in den unteren Saarbrücker Schichten die Fettkohlengruppe. Die Zahl der Flöze und die Kohlenmenge der Flammkohlenpartie ist sehr wechselnd. In Abbau befinden sich in diesem Abschnitt 10—14 Flöze mit etwa 12 Meter reiner Kohle. Der Fettkohlenzug umfaßt in 480 Meter Mächtigkeit im fiktionalen Westfelde des Saarreviers 112 Kohlenflöze und -Flözkörper mit rund 40 Meter reiner Kohle. Abbauwürdig sind von diesen etwa 30 Meter. In Abbau stehen in dieser Partie 20 Kohlenflöze mit 22 Meter Kohlenstärke. Die bauwürdige Kohlenmenge der Flamm- und Fettkohlengruppe beträgt nur 1,7 bis 2,5 Prozent der gesamten Gebirgsmächtigkeit.

Für die Wirtschaft ist die Fettkohlengruppe von überragender Bedeutung. Der Heizwert der Saarfettkohle beträgt 8400 Kalorien, die Koksausbeute 64 Prozent. Sie findet infolge ihres reichen Wasserstoffgehaltes eine bevorzugte Verwendung zur Herstellung von Leuchtgas, des weiteren auch zur Erzeugung von Hüttenkoks. Doch wird aus ihr nicht der beste deutsche Koks gewonnen. Durch Vervollkommen des Stampfverfahrens ist wohl eine Verbesserung des Saarkoks gelungen. Doch bleibt derselbe durch ein erheblich geringeres Ausbringen, einen höheren Aschengehalt, eine größere Wasseraufnahme beim Löschen und eine geringere Tragfähigkeit im Hochofenprozeß hinter der Güte des Ruhrkoks bedeutend zurück. Weit weniger als die Fettkohle wird die Saarfammkohle den Koksöfen zugeführt. Sie ergibt bei der Verkokung 59 Prozent Koks von geringerer Qualität. Ihr Heizwert schwankt zwischen 7800 und 8000 Kalorien. Sie wird vornehmlich da verwendet, wo es gilt, rasch hohe Hitzegrade zu erzielen. Die Flamm- und Fettkohlen des Saarreviers neigen stark zur Entwicklung von Grubengas und Kohlenstaub, die trotz aller Bergbautechnik zuweilen noch Veranlassung werden zu jenen gefährlichen Schlagwetterkatastrophen, wie sie wiederholt auch einzelne Saargehen heimlichkten Deckgebirge und Verwerfungen und die darin bedingten

Lagerungs- und Flözverhältnisse ergeben eine Gliederung des Saarbeckens in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein geringeres Deckengebirge und eine reiche Flözführung gestalten den nordöstlichen preußischen Teil des Beckens, die Reviere von Saarbrücken-Neunkirchen nordwestlich des Hauptsprunges, zu dem ergiebigsten Abbaurevier des Gebietes. Hier hat sich der preußische Staat sein ausgedehntes Bergbaufeld gesichert. Dasselbe umfaßt den ganzen Kreis Saarbrücken, die größeren Teile der Kreise Ottweiler und Saarlouis, sowie weiterhin noch kleinere Teile der Kreise St. Wendel und Merzig. Dieses Gebiet ist durch Bergbau und Bohrungen völlig bekannt, und die bergbauliche Entwicklung ist hier fast bis zu der erreichbaren Höhe vorgeschritten. Die Kohलगewinnung der fiskalischen Betriebe findet heute auf 26 selbständigen Schachtanlagen statt. Diese verteilen sich auf die 12 Berginspektionen Ensdorf, Luisenthal, Von der Heydt, Dudweiler, Sulzbach, Friedrichsthal, Reden, Heintz, Neunkirchen, Götterborn, Kamphausen und Fürsthausen. Diese Inspektionen unterstehen nebst einer Bergfaktorei, einem Hafenamt, zwei Kraftwerken und drei Wasserwerken sowie einer Bergschule der Bergwerksdirektion Saarbrücken als Zentralverwaltung.

In der südwestlichen Fortsetzung des Beckens nach Lothringen und Frankreich hin wird nicht nur das Deckengebirge immer mächtiger, sondern die tauben Zwischenmittel nehmen dort auch stets zu, besonders nach Nordwesten hin. Die ergiebigsten Bergbaufelder finden sich hier in dem an Preußen angrenzenden Teil. Hier liegen im Kanton Forbach die de Wendelschen Gruben, die Schächte der Saar-Roselbergwerksgesellschaft und die Zeche La Houve. Trotz der gezeichneten ungünstigen Lagerungsverhältnisse muß dem lothringisch-französischen Teil des Saarbeckens die bedeutendste Entwicklungsmöglichkeit zugesprochen werden.

Im Südosten des Saarbeckens verwirrt der südliche Hauptsprung die Kohle in Tiefen, die dem Aufschluß durch Bohrungen ungünstig waren. Der bayerische Staat hat sich hier wohl ein Bergbaufeld von 60 000 Hektar gesichert, von denen jedoch bislang nur 5500 Hektar als abbaufähig gelten. Auf pfälzischem Boden liegen hier die fiskalischen Bergwerke Frankenholz und Mittelbergbach.

Im Westen und Nordosten der preußisch-fiskalischen Saarkohlenfelder wird die Magerkohlengruppe von jüngeren, kohlenarmen und kohlenfreien Schichten überlagert. Im Westen dieses Teiles nimmt das Deckengebirge erheblich zu. Im Nordosten tritt das Steinkohlengebirge wohl noch verschiedentlich zutage. Doch liegen seine flözreichen Schichten sehr tief. Dieser Gebietsteil hat bislang keine Abteufungen. — Neben den bereits erwähnten Zechenbetrieben bestehen in dem preußisch-pfälzischen Teil des Saarreviers noch sieben kleinere PrivatkonzeSSIONen auf Steinkohलगewinnung, von denen jedoch nur zwei betrieben wurden.

Die bergbauliche Gewinnung der Saarkohle wird urkundlich zum ersten Male im Jahre 1429 erwähnt, und zwar in einem Schöffensurteil von Neumünster bei Ottweiler. Im Jahre 1750 übernahm Fürst Wilhelm Heinrich von Saarbrücken die gesamten in seinem Lande betriebenen Kohलगraberien auf landesherrliche Rechnung. Damit entwickelte sich im Saarbecken ein regelrechter Bergbau und ein tüchtiger Knappenstand. Im Jahre 1790 belief sich die Förderung auf 50 000 Tonnen Kohle; 1815 gingen die Saarkohlengruben mit dem Gebiet von Saarbrücken und Saarlouis an den preußischen Staat über. Eine Belegschaft von 917 Mann förderte 1816 100 320 Tonnen Kohle. Im Jahre 1913 waren im Saarkohlenbecken insgesamt 20 Grubenanlagen vorhanden. Das Förderergebnis belief sich mit 17 Millionen Tonnen auf rund ein Zehntel der gesamten deutschen Steinkohलगewinnung. Von diesen 17 Millionen Tonnen entfielen 12 Millionen auf die staatlichen preußischen Gruben; die lothringischen erbrachten 3,8, die bayerischen mit Einschluß der Privatgrube Hostenbach 0,8 Millionen Tonnen. Im Jahre 1919, bei Uebernahme der fiskalischen Saargruben durch den französischen Staat, betrug die Belegschaft der Saargehen 55 101 Mann. Unter französischer Leitung in den Jahren 1919—1924 ist diese bedeutend erhöht worden, doch wurde eine Steigerung der Förderung darin nicht erreicht; vielmehr ist die Produktion in diesem Zeitraum zurückgegangen.

Die enge wirtschaftliche Verbundenheit des Saargebietes mit Deutschland wird schlagend bezeugt durch den Absatz der Saarkohle in der preußischen Verwaltungszeit vor dem Jahre 1919. Es verblieben z. B. im Jahre 1913 82,8 Prozent der Saarkohle in Deutschland, von denen 12,7 Prozent auf Elsaß-Lothringen entfielen. An Frankreich wurden nur 8,1 Prozent geliefert; das übrige Ausland (Luxemburg, Belgien, die Schweiz, Italien und Oesterreich) erhielt insgesamt 9,1 Prozent.

Von besonderem Interesse ist die Berechnung des Kohlenvorrates, der im Saarkohlenbecken für die Gewinnung noch ansteht. Der Geologe H. E. Böter legte auf dem Internationalen Geologenkongreß zu Toronto im Jahre 1913 eine solche Statistik vor. Nach dieser sind im deutschen Gesamtbezirk des Saarbeckens bis zu einer Tiefe von 1000 Meter 7898 und bis zu 2000 Meter Tiefe 16 548 Millionen Tonnen abbaufähiger Kohle vorhanden.

Auf Bayern entfällt davon nur ein geringer Teil. Für den lothringischen Teil des Saarbeckens ist die Annahme berechtigt, daß die Kohlenmenge bis zu einer gleichen Tiefe mindestens 5- bis 6000 Millionen Tonnen beträgt. Dieser Vorrat läßt noch eine wesentliche Steigerung der gegenwärtigen lothringischen Kohलगewinnung zu. In der französischen Fortsetzung des Beckens, im Gebiet von Pont-à-Mousson, das noch wenig durchforstet ist, werden von 37 500 Hektar Bergbaufeldern nur 15 000 als baufähig betrachtet. Für diese berechnet der französische Geologe M. Deslins bis zu einer Tiefe von 1800 Meter in einer sehr vorsichtigen Statistik, die zweifellos nur einen Teil der tatsächlich vorhandenen Kohlenmengen erfaßt, einen Vorrat von 630 Millionen Tonnen.

Erst die Gefährdung und der drohende Verlust eines Bestandes führen vielfach zu seiner vollen Würdigung und Wertung. Gewaltige deutsche Werte sind es, die mit den ehemals königlich preußischen Steinkohलगruben des Saargebietes an den französischen Staat übergingen. In fremden Händen liegt heute das Bestimmungsrecht über jene Schätze der Tiefe, auf denen sich das gesamte Industrieleben unserer Saarheimat aufbaut. Und für ihre Verwertung sind andere Interessen maßgebend und bestimmend, als die ureigensten des Gebietes selbst. Wenn dennoch unsere deutsche Industrie an der Saar lebt, trotz dieses vergewaltigenden Eingriffs in ihre ursprünglichsten und wichtigsten Lebensbedingungen blüht, so kommt darin nur jener urdeutsche Wesenszug zum Ausdruck, wie er wiederholt schon in schweren Zeiten die Wirtschaft unserer heimgesuchten Grenzmark rettete: gerade in härtester Daseinsnot stärkste Impulse zu empfangen zu neuem, unentwegt sich durchringendem und siegendem Leben.

Im Schlepptau der Franzöisierungspolitik.

In der deutschen Saarpresse findet sich eine Zuschrift, die mit großer Deutlichkeit die Laune gewisser Kreise der Bevölkerung beleuchtet und die Leute kennzeichnet, die auf beiden Schultern Wasser tragen möchten. Es ist ja bekannt, daß gerade unter den Deutschen immer und überall Kreise zu finden sind, die weder nationales Empfinden noch nationale Würde besitzen, die stets als die Friedfertigen erscheinen möchten, die dem Kampf ausweichen. Das sind die Feigen, die lieber den Verdacht nationaler Gleichgültigkeit auf sich nehmen, ehe sie den Mut finden, ein rückhaltloses Bekenntnis zum Deutschtum abzugeben.

Wenn die erwähnte Zuschrift, die aus Gewerkschaftskreisen kommt, richtig unterrichtet ist, dann trifft die obige Charakterisierung gewisser „deutscher Landsleute“ auf einen Teil des Vorstandes und der Mitglieder des „Verbandes der Angestellten und Anwärter der Saargruben“ zu. Dieser Verband hat nach dieser Zuschrift nicht nur bei der Vertretung der beruflichen Interessen des Bureaupersonals, sondern ganz besonders in den großen Fragen, die die Saarbewölkerung bewegen, versagt. Die Vereinigung bot ihren Mitgliedern kein Rückgrat. Der Vorsitzende des Vereins hat zum Beispiel bei dem großen Streik der Saarbegrüßten im vergangenen Jahre am 6. Februar ein Rundschreiben herausgegeben, wonach das Bureaupersonal gemäß Vereinbarung mit der Zentralstreikleitung seinen Dienst auf dem Bureau weiter versehen soll, aber keine Streikbrecherarbeiten verrichten dürfe. Am 25. Februar gibt derselbe Vorsitzende ein Rundschreiben an die Mitglieder heraus, wonach die Bureaugesetzten auch Arbeiten außerhalb des Bureaus verrichten müssen, wenn sie dazu aufgefordert würden. Die Stellungnahme der Leitung des Kantonslistenvereins zum Saarbund ist noch gewundener als die zum Bergarbeiterstreik. Die erdrückende Mehrheit der saarländischen Bevölkerung lehnt den Saarbund ab. Der Saarbund ist der gesamten Bevölkerung als eine französische Propagandaorganisation bekannt. Auch in dieser für die Saarbewölkerung äußerst wichtigen Frage hat der Vorstand des Kantonslistenvereins keine klare Stellung eingenommen. Von dem Vereinsvorstand ist der Leitsatz aufgestellt worden, der Saarbund sei eine politische Partei und habe mit den Wirtschaftsfragen der Angestellten nichts zu tun; der Verband sei politisch neutral, es könne jeder dem Kantonslistenverband angehören, gleichviel welche politische Richtung er habe. Die Verbandsmitglieder möchten in Zukunft wie in der Vergangenheit treu und ehrlich ihre Pflicht erfüllen, dann würde auch der Arbeitgeber einsehen, daß er für die geleistete Arbeit einen auskömmlichen Lohn zahlen müsse.

Das Ergebnis dieser falschen und gefährlichen Einstellung ist, daß die Mehrheit der Mitglieder des Verbandes der Angestellten und Anwärter der Saargruben dem Saarbund angehört. Aus diesem Grunde entstand die Fachgruppe des Bureaupersonals der Saargruben im Verband der Bureaugesetzten und Beamten im Saargebiet, die in absehbarer Zeit so stark sein wird, daß sie die Führung des Bureaupersonals der Saargruben in allen beruflichen und sonstigen Fragen übernehmen wird. Damit wird auch der seelische Druk, der heute noch auf diesen Angestellten lastet, wieder weichen.

Saarregierung und Bischöflicher Stuhl in Trier.

Abg. Pfarrer Wilhelm nimmt in der „Saarbr. Landesztg.“ zu den Ausführungen des Regierungskommissars Dr. Viesch im Landesrat Stellung. Er schreibt u. a.:

Wenn Herr Dr. Viesch nach dem Sitzungsbericht der „Saarbrücker Landeszeitung“ erklärt, ein offizieller Schriftwechsel (zu der Verordnung betr. Kirchensteuer) sei erfolgt, . . . mündliche Besprechungen hätten in Trier bei Domvikar Wiegand stattgefunden, so mag richtig sein, daß im Jahre 1923 eine mündliche Verhandlung zwischen Beamten der Regierungskommission und Herrn Domkapitular Wiegand stattgefunden hat, wobei in allgemeinen Eintonen über Steuerfragen im Saargebiet gesprochen wurde. Es bleibt aber doch Tatsache, daß die Regierungskommission bzw. die Finanzabteilung den in der Sitzung vom 7. Juli zur Beratung stehenden Entwurf betr. Ausgleichung der Kirchensteuer an die Einkommen-, Gewerbe- und Verkehrssteuer-Verordnungen der kirchlichen Oberbehörde in Trier amtlich nicht vorgelegt hat. Auf eine diesbezügliche Anfrage in Trier am 27. Juni wurde erwidert, daß das bisher noch nicht geschehen sei. Wohl habe die bischöfliche Behörde am 16. Juni der Regierungskommission den Wunsch geäußert, daß ihr der betreffende Entwurf vorgelegt werden möge. Ob diesem Wunsche noch nach dem 27. Juni entsprochen und der Bischof sich amtlich dazu geäußert hat, entzieht sich meiner Kenntnis, ich bezweifle es aber, da ja Herr Dr. Viesch dann gewiß darauf Bezug genommen hätte. Es sei also festgestellt, daß eine vorhergehende offizielle Vorlage des Entwurfs in Trier nicht erfolgt ist. Und darauf kommt es an. Es ist vielmehr Tatsache, daß dieser Entwurf den Mitgliedern des Landesrats und durch deren Vermittlung auch mehreren Geistlichen des Saargebiets bereits zur Aeußerung vorlag, ehe die bischöfliche Behörde etwas davon wußte. Gewiß haben einzelne Geistliche dem Bischof davon Mitteilung gemacht und sogar den Entwurf nach Trier gesandt, aber dieses Vorgehen ist privat, entbehrt des amtlichen Charakters. Der Bischof muß meines Erachtens Gelegenheit haben, sich vorher und zuerst zu äußern zu Anordnungen der Regierung, die kirchliche Interessen berühren oder gar direkt in kirchliches Gebiet eingreifen. Wenn eine Verordnung schon wochenlang in den Händen der Öffentlichkeit ist, wenn schon die Abgeordneten darüber beraten und Beschluß fassen, wenn die Parteien und die Presse schon dazu Stellung nehmen, dann ist es doch für den Bischof sehr peinlich, nun seinerseits noch nachträglich Stellung zu nehmen. Uebrigens ist er dabei nach katholischer Auffassung nicht bloß zu „hören“, wie etwa der Landesrat, sondern er muß Mitgesetzgeber sein. Er kann die Regelung einschneidender kirchlicher Fragen nicht der Regierung und den Parteien allein überlassen. Nach früherem Recht und Brauch wurden solche gesetzliche Maßnahmen der Staatsregierung immer im Einvernehmen mit der bischöflichen Instanz und dann auch im kirchlichen Amtsblatt von ihr dem Klerus zur amtlichen Kenntnis gebracht. Letzteres ist dem Bischof, soweit das Saargebiet in Frage kommt, gar nicht möglich, da er ja gar nicht amtlich, d. h. von Behörde zu Behörde, in Anspruch genommen wird. Eine inoffizielle Fühlungnahme, mag sie schriftlich oder mündlich gewesen sein, die nur der Aussprache über allgemeine Grundzüge dient, ohne aber die einzelnen Gesichtspunkte mit ihren Motiven und Paragraphen vorzulegen, genügt offenbar nicht. Es hat fast den Anschein, als ob die Saarregierung — ich meine nicht etwa bloß die Kultusabteilung — die bischöfliche Behörde von Amts wegen umgehen will. Nicht zum ersten Male haben wir im Zentrum darüber zu klagen. Ob sie dazu in irgendeinem Paragraphen des „Saarstatuts“ eine Handhabe findet? Auf das frühere preussische Gesetz betr. die kirchliche Vermögensverwaltung kann sie sich gewiß nicht berufen. Jedenfalls wird es Zeit, daß die neuen Männer in der Regierungskommission auch hier nach dem Rechten sehen. Bis dahin bleibt der Zentrumspartei nichts anderes übrig, als Verordnungen betr. kirchliche Fragen nur zu begutachten, vorbehaltlich der bischöflichen Genehmigung, oder die Beratung solcher Gegenstände überhaupt abzulehnen.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Die in weiten Kreisen bekannte und geschätzte Frankfurter Kunstmesse, die zusammen mit den Frankfurter Messen regelmäßig im Römer, dem alten Frankfurter Rathaus, abgehalten wird, wird im nächsten Herbst eine Ausstellung saarländischer Kunst bieten. Der Leiter der Kunstmesse, Dr. Lübbede, befindet sich zurzeit im Saargebiet, um die Ausstellung mit Unterstützung der Saarbrücker Handelskammer vorzubereiten.

Fürstenthausen. Der erste Spatenstich zum Neubau der katholischen Kirche ist gemacht. Bis Ende des Jahres soll der Bau unter Dach sein. Die Grundsteinlegung erfolgt Ende August.

Büttlingen. Kaum sind die Schleusen der Saar geschlossen, so ist auch schon wieder ein junges Menschenleben dem Element zum Opfer gefallen. Der Bergmann A. Meyerstein aus Wehrden, 1904 geboren, ist beim Baden ertrunken. Die Leiche wurde abgetrieben. — Der 21 Jahre alte Eisenschlechter Jos. Gaab aus Ottersheim wurde beim mehrmaligem Durchqueren der Saar plötzlich von einem Herzschlag getroffen und versank in den Fluten. Alle Rettungsversuche blieben fruchtlos. — Eine Geburtstagsgesellschaft, darunter eine Sängerin und ein Künstlerpaar, kam auf den unglücklichen Einfall, nachts eine Kahnpartie auf der Saar zu unternehmen. Kaum hatte der Kahn mit dem Künstler und zwei Damen 100 Meter von seiner Anlegestelle zurückgelegt, als er umkippte und die drei Insassen in die Tiefe riß. Während der Künstler und die Sängerin sich retten konnten, ertrank die Frau des Künstlers.

Brebach. In der Bürgermeisterei Bischmisheim wurden am 1. April 20 293, am 30. Juni 1924 20 520 Seelen gezählt. Der Geburtenüberschuß betrug in dem genannten Zeitraum 78.

Niegelsberg. Das vierjährige Töchterchen der Familie B. Kirsch aus der Kihwiesstraße fiel bei Verwandten die Waschküchentreppe herunter in ein Gefäß mit heißem Wasser. Es zog sich hierbei so schwere Brandwunden zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Heusweiler. Der von hier stammende Kaufmann Richard Haade in Saarlautern (Lothringen) erhielt ohne triftigen Grund seinen Ausweisungsbefehl und mußte innerhalb einiger Tage mit der Familie und seinem ganzen Hab und Gut Frankreich verlassen. Haade betrieb in Saarlautern eine gutgehende Drogerie.

Wemmelweiler. Das im Rohbau stehende neue Rathaus ist, wie bestimmt verlautet, der Regierungskommission zum Ankauf angeboten worden, da die Bürgermeisterei mit etwa 10 000 Einwohnern nicht in der Lage ist, das Gebäude fertigzustellen und die hohe Zinsenlast zu tragen. Eine Kommission der Regierung war schon an Ort und Stelle. — Dieser Fall gehört zu der von der Regierungskommission betriebenen Kredit- und Bodenpolitik!

St. Ingbert. Die seit Wochen andauernde Stilllegung der hiesigen Glashütten hat sich im gesamten Wirtschaftsleben der Stadt unangenehm bemerkbar gemacht. Erfreulicherweise können wir heute berichten, daß die Vopeliusche Glashütte, die etwa 800 Arbeiter beschäftigt, die Ofen wieder angezündet hat. — Unter Einbeziehung aller künftigen Baugelände wird ein den heutigen Anforderungen entsprechendes Gesamtplanifikationsprojekt samt mechanischer und biologischer Klärung der Abwässer von der Stadt aufgestellt.

Saarlouis. Der Bergmannsverein St. Barbara veranstaltete eine Gedenkfeier für die Gefallenen des Vereins. Dabei wurde auch die Gedenktafel für die Gefallenen enthüllt. — Vom sicheren Tode des Ertrinkens gerettet hat der Kunstmalers Paul Hohen-schurz aus Saarlouis 2 den hier wohnhaften Verwaltungsobersekretär Tony Schulten, der in der Saar gebadet hatte und einen Beinkrampf bekam.

Mettlach. Nach 25 Jahren wieder in seine Heimat zu Besuch zurückgekehrt ist ein hiesiger Bürger mit Namen Heinrich Döhr. Zur Zeit des Boxeraufstandes hatte er bei der deutschen Marine gedient, mit der er im Jahre 1900 nach China in den Kampf zog. Nach Beendigung dieser Aufstände blieb er in China und machte sich später dort durch Gründung eines Geschäftes selbständig.

Wallerfangen. Dem Hüttenarbeiter Cavelius-Kirsch von hier, welcher als Gefreiter im Infanterieregiment 67 den Krieg mitgemacht hat, wurde nachträglich, d. h. 6 Jahre nach dem Friedensschluß, das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen.

Merzig. An den Neubau- und Erweiterungsarbeiten für den neuen Zollbahnhof Merzig sind vier große auswärtige Baufirmen beschäftigt. Es werden ein Zollausfuhrschuppen, ein Ortsgüterschuppen, ein Bureaugebäude für die Güter- und Zollabfertigung und drei neue Stellwerke errichtet. Der Bau von drei neuen großen Stellwerken ist durch die Erweiterung der Bahnhofsbahn-Gleisanlagen notwendig geworden. Die Arbeiten sollen bis Januar 1925 fertiggestellt sein.

Personalnachrichten.

Gymnasiallehrer a. D. Günzel f. Im Alter von bald 74 Jahren starb nach längerem Leiden Gymnasiallehrer a. D. Paul Günzel in Neunkirchen. Er gehörte zu den ältesten Lehrern des Neunkirchner Realgymnasiums, an das er bald nach seiner Gründung als höhere Schule im Jahre 1875 fast gleichzeitig mit dem inzwischen ebenfalls verstorbenen Prof. Krehshmar berufen wurde. In unermüdlicher Treue und Hingabe an seinen Beruf ist er seinen Schülern nicht nur Lehrer, sondern auch väterlicher Freund und Vorbild gewesen. Mit dem Verstorbenen ist ein wahrhaft liberaler Mann in des Wortes bester Bedeutung heimgegangen. Als Mensch war Paul Günzel von untadelig rechtlicher Gesinnung, von vornehmer Denkart und von einem zuvor-

kommanden Wesen, der in allen Kreisen der hiesigen Bürgerschaft geachtet und beliebt war. Ein mit der Zeit sich immer mehr bemerkbar machendes asthmatisches Leiden zwang ihn vor einigen Jahren, in den Ruhestand zu treten. Die ehemaligen Schüler, die Amtsgenossen sowie die zahlreichen Freunde und Bekannten des Verstorbenen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren weit über das Grab hinaus.

Obersteiger a. D. Spengler in Wiebelskirchen ist nach kurzem Krankenlager im Alter von 79 Jahren gestorben. 1845 zu Reun- kirchen geboren, wurde er nach Entlassung aus der Volksschule Bergmann. Als solcher hat er ohne Besuch einer weiteren Lehr- anstalt im bergmännischen Beruf eine Stufe nach der anderen erklommen bis zum Obersteiger. 1865 trat er bei der Garde- infanterie in Berlin ein, machte die Feldzüge 1866, 1870/71 vor dem Feinde mit und ist im Besitze verschiedener Kriegsdienst- auszeichnungen. Seit 1899 in Wiebelskirchen wohnhaft, gehörte er in der Zeit von 1901 bis 1913 lange Zeit der Bürgermeisterei- und Gemeindevertretung an. Von 1908 bis 1920 war er Beigeordneter der Bürgermeisterei Wiebelskirchen, bis ihn sein vor- gerücktes Alter zwang, dieses Amt niederzulegen. Als Mensch wie als Beamter hat er es stets verstanden, sich die Sympathie seiner Mitbürger und Untergebenen zu erringen.

Schwester Maura verstarb im Kloster der Franziskanerinnen im Alter von 70 Jahren. Zwölf Jahre hatte sie ehemals der Niederlassung in Saarlouis als Oberin vorgestanden, geliebt, hochverehrt von den Schwestern und der Bevölkerung, die zu ihr in Beziehung getreten. Dank dem Entgegenkommen der städti- schen Verwaltung und hochherzigen Spenden der Einwohnerschaft wurde es Schwester Maura möglich, den ersten Bau des heutigen Krankenhauses in Saarlouis aufzuführen, der, als sich bald das Bedürfnis nach größerer Ausdehnung geltend machte, nach wenigen Jahren zu dem heutigen Frauensaalbau durch Oberin Appollinaria erweitert wurde. Schwester Maura, welche in- zwischen zwei anderen Niederlassungen ihres Ordens vorge- standen, zog sich vor einigen Jahren, durch Kränklichkeit ver- anlaßt, in das Saarlouiser Krankenhaus zurück, wo sie jetzt ver- starb. Sie hinterläßt bei allen, welche sie kannten, das Andenken einer von tiefer Frömmigkeit erfüllten Ordensschwester.

Aus der Schulverwaltung. Kreisschulrat Pflüger wurde zum Direktor des Saarlouiser Lyzeums gewählt. Oberlehrer Jakob Schäfer wurde zum Rektor an der Schule in Limbach bei Homburg ernannt.

Kreismedizinalrat Obé, ein Verwandter des ehemaligen Ministers Land von hier, wurde zum Oberregierungsrat im Wohlfahrtsministerium ernannt.

Aus den Gemeindeverwaltungen. Mit der einstweiligen Ver- waltung der Bürgermeisterei Wallerfangen wurde Bürgermeister Kuff von Lisdorf betraut.

Ihr 25jähriges Dienstjubiläum in der Firma Karl Reuter Söhne, Saarbrücken, konnten dieser Tage der Buchhalter Wilhelm Kaiser, der Werkmeister Karl Dachselt sowie die Arbeiter Philipp Diener und Heinrich Hausnecht begehen. — Am 1. Juli konnte der Schmiedemeister an der Grube Manbach, August Hoerster in Manbach, sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Von seiner früheren höheren Behörde wurde dem Jubilar ob seines bekannten Fleißes und seiner Pünktlichkeit das Ver- dienstkrenz verliehen. — Aus Anlaß des 32. Stiftungsfestes des Hebammenvereins für den Stadt- und Landkreis Saarbrücken wurden folgende Hebammen geehrt: Maria Kurjowski- Kleinbittersdorf (40 Jahre), Elisabeth Franzen-Saar- brücken 1 (25 Jahre) und Margarete Jochem-Saarbrücken 3 (25 Berufsjahre).

Wegen 25jähriger Eisenbahndienstzeit verließ der Verein der Stationschaffner und Pförtner folgenden Eisenbahnern die sil- berne Nadel: Manz, Kleutich, Kahlstadt, Bönnigk, Scheidt, Grostklos, Kellenberger, Federmann, Kemmerling, Lanz, Kolling, Georg und Koob.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute Johann Kutscher und Maria, geb. Spang, aus Saarbrücken, Karl- straße 10. (Das Ehepaar hat 17 Kinder, 24 Enkel und zwei Ur- enkel. Die Jubilare sind beide 71 Jahre alt und noch sehr rüstig.) — Das Ehepaar Lawinger in Landsweiler und die Eheleute Josef Domprobst in Bliestal.

Den 93. Geburtstag feierte in geistiger und körperlicher Frische eine alte Saarbrückerin, Fräulein Elisabeth Barth. Diese hochbetagte Dame hat schon seit langen Jahren im Evan- gelischen Strehnhaus in der Deutschherrnstraße ihre Heimstätte gefunden, wo sie von den Schwestern in liebevollster Weise ge- pflegt wird.

Sein 40jähriges Geschäftsjubiläum konnte in Brebach das Gemeinderatsmitglied Bädermeister Joseph Ries feierlich be- gehen. Herr Ries genießt den Ruf eines tüchtigen und ach- baren Meisters.

Promotionen. Der Direktor der „Saarzeitung“ in Saar- louis, der frühere Redakteur der „Saarbrücker Landeszeitung“, Herr A. Beh, promovierte bei der juristischen Fakultät der Uni- versität Bonn zum Dr. rer. pol. — Der Diplomingenieur und

Assistent am agrilkulturchemischen Institut in Weihenstephan, Albert Hock aus Limbach bei Homburg, hat an der Technischen Hochschule in München zum Dr.-Ing. promoviert. — Herr Matthias Brüm aus Saarlouis 2 bestand an der Universität Köln sein Diplomexamen mit „gut“.

Todesfälle. Vorsteher des Postamts 3 in Saarbrücken, Postrat Meißner; Kaufmann Friedrich Stamm, 57 Jahre; Polizei- direktor Julius Rods, 49 Jahre; Frau Klara Henopp geb. Kassel, 32 Jahre; Fräulein Amalie Gester, 74 Jahre; Frau Emma Gudenius geb. Schmidt, 56 Jahre; Wwe. des Material- Verwalters Frau Georg Philipp Schmidt, Luise geb. Kleber, 82 Jahre; Frau Karl Grill, Luise geb. Lauer, 62 Jahre; Elise Meyer, 23 Jahre; Schwester Verpetua geb. Marg. Kessles, Oberin des Langwiedstifts Saarbrücken-St. Johann, 59 Jahre; Frau Eugen August, Leontine geb. Brodtkreper; Otto Rein- hard, 25½ Jahre; staatl. Kesselrevisor Philipp Schmelzer, 75½ Jahre; Jakob Thiele, 81 Jahre; Heinrich Müller, 51 Jahre; Katharina Feld, 63 Jahre; Maschinenmeister Baptiste Wöfler, 61 Jahre; Frau Hilde Deinhard geb. Stahl; Frau Franz Karges, Katharina geb. Momper, 65 Jahre; Frau Katharina Bartsch geb. Bechtel, 43 Jahre; Frau Anna Maria Türk geb. Emmel, 73 Jahre; penf. Hüttenmeister Wilhelm Schwarz, 74 Jahre; Frau Karl Reinert, Margareta geb. Reuther, 46 Jahre; Elektriker Leonhard Ludwig Holbach, 22 Jahre; Frau Witwe Dorothea Dittgen, verw. Joh. Woll, geb. Lutz, 63 Jahre; Helene Kelter, 23 Jahre; Eisenbahn- Pensionär Jakob Schud, 71 Jahre; Albert Schnitzler; Mag- Reueauld, 28 Jahre; Frau Josefine Bades geb. Nidels; 51 Jahre; Schmiedemeister Daniel Müller, 62 Jahre; Ober- ingenieur Hermann Erich Kettner; Fuhrunternehmer Karl Eberts, 49 Jahre; Frau Margarethe Probst geb. Junter, 51 Jahre; Henriette Schneider, 18 Jahre; sämtlich in Saar- brücken. — Paul Blankenstein, Ziegelhof bei Gers- weiler. — Josef Falkenstein, Geislaulern. — Bädermeister Klemens Spang, 58 Jahre, Luisenthal. — Frau Josephine Brenner geb. Link, 41 Jahre, Obervölklingen. — Frau Alex Schmeer geb. Wagner, 54 Jahre, Bischmisheim. — Frau Elisabeth Brandenburger geb. Franzen, 72 Jahre, Neu- fessingen. — Frau Witwe Klementine Brunt geb. Müller, 62 Jahre, Gündingen. — Friedrich Haade, 53 J., Heusweiler. — Mehrgemeister Friedrich Ludwig Korn, 70 J., Büttlingen. — Frau Wwe. Wendel Wirth, 75 J., Herrensohr. — Frau Konrad Braun, Luise geb. Kopp, 53 Jahre; Frau Charlotte Klier geb. Aulenbacher, 28 Jahre, und Klara Hein, 27 J., alle drei in Dudweiler. — Studien-Ingenieur Peter Philipp und Frau Wwe. Friedr. Fernsner, Dorothea geb. John, 78½ Jahre, beide in Sulzbach. — Bädermeister und Gastwirt Ludwig Hein, 62 J., Heiligenwald. — Frau Anna Jun, 46 Jahre, Querschied. — Paul Clohmann, 31 J., Manbach. — Peter Jungmann, 25 Jahre, Hülswiler. — Frau Wwe. Luise Diehl geb. Huppert 78 Jahre, Hülswiler. — Hüttendirektor J. Balth. Frey, Oberlt. b. L. a. D., Ritter mehrerer Orden, 65 Jahre; Frau Wwe. Christ. Lehmann geb. Maria Benz, 78 J.; Karl Hertel, 23 Jahre; Hüttenmeister Peter Schramm, 43 Jahre; Kohlenmesser a. D. Hermann Sturm, 85 Jahre; Hütten- und Knappschaftsbeamter Johann Lehmeister, 57 Jahre; Gymnasiallehrer a. D. Paul Günzel, 74 Jahre; Frau Wwe. Matth. Schnur geb. Müller, 79 Jahre; Bürogehilfe Ernst Hobstetter, 18 Jahre; der Chef der Firma John & Remy Wilhelm Remy, 34 Jahre; Hilfs- polizeiwachmeister Josef Simon, 43 Jahre; Frau Wwe. Maria Schwehm geb. Junter, Mitglied des Rosenkranz- u. Elisabethen- Vereins, 51 Jahre; Frau Wilhelmine Schönwolf geb. Janes, 48 Jahre; penf. Bergmann Friedrich Bender, 49 Jahre; Adolf Müller, 19 Jahre; Friedrich Lach, 60 Jahre, sämtlich in Reun- kirchen. — Frau Emma Brandschweil geb. Zimmer, 29 Jahre; Bauernmeister i. R. Johann Nikolaus Thomé, 74½ J., beide in Landsweiler. — Obersteiger a. D. Nikolaus Spengler, 79½ Jahre; penf. Bergmann Friedrich Jakob Müller, 65 Jahre; Kohlenexpedient Gottlieb Heinrich Sturm, 49 J., in Wiebels- kirchen. — Beigeordneter Ludwig Heintz, 62 Jahre, in Heiligen- wald. — Frau Lina Lichtenberger geb. Barth, 62 Jahre, in Badgassen. — Frau Barbara Wittling geb. Fuchs, 53 Jahre, in Dillingen. — Frau Wwe. Salomon Weil, Marianne geb. Herz, 89 Jahre; Frau Jos. Weber geb. Gertr. Seelbach, 70 J.; Jakob Dietrich; Frau Emma Lade geb. Schünemann, 38 J.; Frau Wwe. Rif. Zimmermann, Marg. geb. Morquet, 74½ Jahre, sämtlich in Saarlouis. — Frau Fabrikbesitzer Anton Becker, 70 Jahre; Frau Wwe. Friedrich David, Margaretha geb. Schmitt, 72 Jahre, beide in Fraulautern. — Michel Klein, 71 Jahre, in Lisdorf. — Frau Herz Weil, 85 Jahre; Frau Wwe. Michel Schmitt-Rey, Anna Maria geb. Rey, Mitglied des Mütter- vereins, 73 Jahre, beide in Kertzig. — Gastwirt Michel Becker, 51 Jahre, in Brotdorf. — Lehrerin Mathilde Büch, 26 Jahre, in Schwalbach. — Dentist Ernst Sauer, 42 Jahre, Bliestal. — Frau Katharina Schöpsdau geb. Barth, 62 Jahre, in Nieder- würzbach. — Mehrgemeister Karl Rech, 68 Jahre, in Nieder- lingweiler.

Dies und das.

Errichtung eines Kompetenzkonflikts-Gerichtshofes für das Saargebiet.

Gemäß einem Beschluß der Regierungskommission vom 15. Juli wird im Saargebiet ein besonderer Gerichtshof errichtet, der in Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden zu entscheiden hat. Die Zuständigkeit dieses Kompetenzkonfliktsgerichtshofes erstreckt sich auf alle Streitigkeiten, für die bisher der Kompetenzkonfliktsgerichtshof in Berlin bzw. München zuständig war.

Der neue saarländische Gerichtshof besteht aus sieben ordentlichen und vier stellvertretenden Mitgliedern. Er entscheidet in einer Besetzung von sieben Mitgliedern, von denen vier dem Obergericht, drei dem Oberverwaltungsgericht angehören müssen.

Die Regierungskommission sabotiert weiter Gemeindebeschlüsse. Die Bürgermeisterfrage von Wallerfangen scheint nicht gut vorwärts zu kommen, denn trotz des vorliegenden Beschlusses des Bürgermeisterrats, einen Berufsbürgermeister an die Spitze der Verwaltung zu stellen, ist diese Frage trotz ihrer Dringlichkeit noch nicht geregelt. Man hat sich mit dem geschaffenen Provisorium, daß der Bürgermeister von Pörsdorf auch die hiesige Bürgermeisterei mitverwaltet, seinerzeit abfinden müssen, aber es ist doch nicht im Interesse der steuerzahlenden Bevölkerung, wenn man diesen Zustand länger wie unbedingt nötig beläßt. Anscheinend hat die Regierungskommission den richtigen Franzosenkopf noch nicht ausfindig machen können.

Aufhebung des Hauptsteueramtes Saarbrücken. Nach einer Verordnung der Regierungskommission wird das Hauptsteueramt Saarbrücken mit dem 1. September aufgehoben. Die von ihm wahrgenommenen Steuererhebungsgeschäfte des Sonderbezirks Saarbrücken sowie die durch die Steuergesetzgebung einem Hauptsteueramt in Verwaltungsstrassachen zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse werden einem neu zu errichtenden Steueramt Saarbrücken-Stadt übertragen. Das Stempel- und Erbschaftsteueramt Saarbrücken wird aufgelöst.

Neuregelung des Schlichtungswesens im Saargebiet. Durch eine Verordnung der Regierungskommission sind folgende Veränderungen im Schlichtungswesen eingetreten: Der Schlichtungsausschuß für die Kreise Saarlouis und Merzig in Saarlouis und der Schlichtungsausschuß für die Kreise Ottweiler und St. Wendel sowie für den Bezirk Homburg i. Pf. in Ottweiler wurden aufgehoben. Der Schlichtungsausschuß für Saarbrücken-Stadt und -Land sowie für den Bezirk St. Ingbert i. Pf. in Saarbrücken wurde mit der Wahrung der Geschäfte eines Zentralschlichtungsausschusses für das Saargebiet beauftragt.

Das „Frühere amtliche Kreisblatt“. Vor mehr als einem halben Jahre hat der Saarlouiser Kreistag beschlossen, dem Kreise Saarlouis ein eigenes Kreisblatt zu ermöglichen. Leider dauerte es allzulange, bis die Verwirklichung des eigenen Kreisblattes eintrat. Das bisherige Kreisblatt „Saarlouiser Journal“ schien ein „Kräutlein rühr mich nicht an“ gewesen zu sein. Endlich ist der Knoten durchgehauen. Das frühere Kreisblatt war einmal. Heute muß das „Saarlouiser Journal“ sich auf eigene Füße stellen, und das will bei der Einstellung und damit bei der finanziellen Lage des Journals was heißen. Mit dem 16. Juli 1924 hat der Kreis Saarlouis ein eigenes Kreisblatt erhalten. Die Behörden sind jetzt nicht mehr gezwungen, das Journal zu halten, weil dort die amtlichen Bekanntmachungen veröffentlicht wurden. Die Beredigung war kurz und schlicht. Die trauernden Hinterbliebenen haben beraten, wie wohl der Schmerz zu ertragen sei. Man hat kurzerhand beschlossen, den Kopf des Saarlouiser Journals um ein „Wörtchen“ zu vermehren. Das „Saarlouiser Journal“ betitelt sich heute: „Früheres amtliches Kreisblatt“. Dadurch soll der Leser getäuscht werden. Doch damit haben die Herren kein Glück.

Postpaketverkehr aus dem Reich mit dem Saargebiet. Die besonderen Zollvorschriften werden immer noch nicht genügend beachtet. Haupterfordernisse sind: a) ein Bestimmungsausweis für Pakete mit deutschen Handelswaren, den der Empfänger zu beschaffen und dem Absender mitzuteilen hat. Der Absender hat auf der Paketkarte und die Paketanschrift niederzuschreiben: Bestimmungsausweis Nr. ... liegt beim Postamt Saarbrücken vor; b) ein Ursprungszeugnis für jede Paketsendung mit deutschen Waren, die zollfrei behandelt werden sollen. Bei mehreren gleichzeitig aufgelieferten Paketen darf sich ein Ursprungszeugnis auf höchstens fünf Pakete erstrecken. Auf jeder Postkarte ist dann anzugeben „Ursprungszeugnis befindet sich bei der Paketkarte Nr. ...“; c) Inhaltserklärungen, worin die Waren auf das genaueste zu bezeichnen sind. Allgemeine Angaben, wie Lederwaren, Seidenwaren, genügen nicht.

1922 sind im Saargebiet 48½ Millionen Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere und Muster „aus dem Auslande“ (d. h. in der Hauptsache aus dem deutschen Vaterlande) eingegangen.

Wie die Saarregierung die deutschen Beamten bezahlt. Die Regierungskommission hat beschlossen, den Beamten rückwirkend vom 1. April d. J. ab eine Zulage von einem Zwölftel ihres Gehalts zu gewähren. Während der Völkerrundrat für die

Regierungskommission vom 1. April ab eine Erhöhung ihrer Bezüge um 25 Prozent vorgenommen hat, hätte die Beamenschaft eine gleiche Behandlung erwarten dürfen, und dies um so mehr, als die Steuereinnahme der Regierungskommission gegenüber dem Vorjahre sich mindestens verdoppelt haben.

Für die Eisenbahnarbeiter hat die Regierungskommission eine Lohnerhöhung abgelehnt.

Schule und Kirche.

Die Anerkennung der Saarbrücker Knabenmittelschule als vollausgestaltete, öffentliche Mittelschule für das Saargebiet ist nunmehr durch den neuen Regierungskommissar für Kultus und Schulwesen, Carlos Espinosa de los Monteros, ausgesprochen worden.

Soziales.

Die Not der Altpensionäre. Von seiten der Altpensionäre wird geschrieben: Die Not derselben ist einmal wieder aufs höchste gestiegen, so daß dieser Kategorie von alten Arbeitern es schwer gemacht wird, sich zu verbessern. Hauptsächlich muß man hören, warum die Invalidenrente nicht der Valuta entsprechend erhöht wird. Die Leute gaben in der Vorkriegszeit ihre Beiträge in Goldmark und werden jetzt mit dem Sage eine Mark gleich einem Franken abgetan. Es liegt doch klar auf der Hand, daß ein Mann mit Familie bei dem geringen Frankenbetrage nicht durchkommen kann und sozusagen am Hungertuche nagen muß, wo doch alle Lebensmittel, Kleidung u. dgl. auf den vier- bis fünffachen Betrag in Franken eingestellt sind. Säge der Regierung wäre es doch, diese Sache gerechterweise zu regeln, so daß doch endlich einmal den Alten auch gründlich geholfen wäre, schon aus dem Grunde, da die Pensionsbeträge sehr im argen liegen und gesellschaftsferns nichts erreicht werden kann. Da im Reiche die Rentenzahlung in Goldmark vorgenommen wird, müßte auch hier bei uns im Saargebiet der Goldmark entsprechender Wert in Franken zur Auszahlung gelangen.

Vereine und Versammlungen.

Bundestag des Saar-Sängerbundes.

Bei herrlichstem Sommerwetter traten am Sonntag, den 13. Juli, an 200 bevollmächtigte Vertreter aller dem Bund angeschlossenen Vereine des Saargebietes zu dem jahungsgemäßen Jahres-Bundestag zusammen, zu dem der Gau Lebach in das entzückend gelegene gastliche Vertchen am Thelestrand geladen hatte. Der Jahresbericht des Bundesvorsitzenden betonte u. a., daß gerade im letzten Jahre außerordentliche Erfolge gebucht werden können. Mit Genugtuung stellte der Bundesvorsitzende den Zuwachs an öffentlichem Ansehen bei Verwaltungen, in der Presse und in allen Schichten der Bevölkerung fest. Getragen von dem Gedanken, daß die Kunst und das deutsche Lied eine Brücke brüderlicher Verständigung für unser so vielfach zerklüftetes Volk darstelle, begrüßte er die Anmeldung der atademischen Sänger des Saargebietes zum Bunde, die von der Versammlung mit lautem Beifall aufgenommen wurde. Zum 1. Bundesvorsitzenden wurde einstimmig Stadtschulrat Bongard gewählt. Damit ist dem verdienstvollen Leiter des Saar-Sängerbundes die Ehre geworden, der weit über den Kreis des Bundes freudig zugestimmt wird. Da Herr Kühner-Saarbrücken wegen Arbeitsüberhäufung eine Wiederwahl zum stellvertretenden Bundeschahmeister ablehnen mußte, einige man sich in einstimmiger Wahl auf Herrn Wallacher-Saarbrücken. Die Wahl eines Nachfolgers für den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Herrn Dörr, den Bundesvorstand und Bund mit aufrichtigem Bedauern zurücktreten sehen, soll dem nächsten Bundestag vorbehalten bleiben. In einer Begrüßungsansprache des als Gast erschienenen Bürgermeisters von Saarbrücken, Dr. Reikes, betonte dieser, daß er mit ganz besonderem Interesse den Verhandlungen des Sängerbundes beizuhöhen, weil er von der hohen Kulturmission des deutschen Liedes überzeugt sei und sich von seiner Pflege, die unter der verständnisvollen Führung einiger Herren eine so verheißungsvolle Entwicklung genommen habe, für das deutsche Saarloos noch reichen Segen verspreche. Seine Ausführungen wurden mit lautem, dankbarem Beifall entgegengenommen. Beschlossen wurde die Abhaltung des nächsten Bundestages am 11. Januar 1925 im Gau Saarlouis. Im Mittelpunkt der Nachmittagsverhandlungen stand ein Vortrag des Herrn Dr. A. Rastin über das Koncertprogramm der Männerchöre. Chordarbietungen der Lebacher Bundesvereine rahmten den geschäftlichen Teil des Sängerbundestages stimmungsvoll ein.

Briefkasten.

C. S. und E. in S. 3,60 Mark erhalten.

Von den Saargruben.

Neue Opfer französischen Raubbaues.

Tödlich verunglückt sind durch niedergehendes Gestein beim Wechsel der Mittagsschicht auf Grube Rode die Bergleute Johann Neumann und Paul Koh aus Heiligenwald. Auf Grube Viktoria wurde der Kohrschlosser Schwarz aus Püttlingen von einem durchgehenden Förderwagen erfasst und sehr schwer verletzt. Auf Grube Dechen verunglückte der 20jährige Wilh. Kohleder aus Neunkirchen tödlich. Der Fall ist um so bedauerlicher, weil vor einigen Jahren der 17 jährige Bruder auf selbiger Schachtanlage sein Leben einbüßen mußte. — Auf Grube Bon der Heydt verunglückte der Bergmann Joh. Schorr aus Hausweiler so schwer, daß seine Ueberführung in das Fischbachkrankenhaus erforderlich wurde; ebenso schwer verunglückte auf der Grube Ihenplich der Bergmann J. Pirrong aus Uhtelangen. Der Fall ist um so schwerer, als ihm erst vor einem halben Jahre die Frau mit zwei Kindern durch den Tod entzissen wurden.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Besuch von Saarbrücker Sängern in Dortmund

Am Donnerstag, den 21. August ds. Js., abends 8 Uhr, wird der Männergesangsverein Liederfranz aus Saarbrücken in der

Reinoldikirche in Dortmund

ein

Konzert

geben, um die Kosten zu der Reise zum deutschen Sängerbundsfest in Hannover, an dem er sich beteiligen wird, zu vermindern.

Es bedarf sichtlich nur dieses Hinweises, um sämtliche Landsleute, die in Dortmund und Umgegend ansässig sind, zu veranlassen, diesem Konzert beizuwohnen, und alte Bekanntschaften aufzufrischen. Wir verweisen daher auf die Dortmunder Tageszeitungen, aus denen alles Nähere ersehen werden kann.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Bundes „Saar-Verein“ hielt einen Vortragsabend ab, der als voller Erfolg unserer Saarvereins-Arbeit gebucht werden darf.

Außer vielen ausgewiesenen Saarländern, die in Karlsruhe eine neue Heimat gefunden haben, hatten sich zahlreiche Vertreter der Behörden und Korporationen eingefunden. So waren u. a. erschienen: Oberbürgermeister Dr. Finter, General Fhr. Röder von Diersburg. Nach herzlichster Begrüßung durch den Vorsitzenden des Karlsruher Saarvereins, Herrn Neurohr, hielt Oberlandesgerichtsrat Andres von Raumburg einen äußerst interessanten und lehrreichen Vortrag über die Lage im Saargebiet. Der Redner ging von der Tatsache aus, daß der Kampf um den Rhein und die Eroberung deutscher Lande durch die Franzosen am 9. November 1918 begonnen habe. Eines der begehrtesten Objekte für die Franzosen war die Abreißung des 2000 Quadratkilometer großen Saargebietes vom deutschen Mutterland, das in einem Zeitraum von 1000 Jahren ganze 31 Jahre in französischen Händen gewesen ist. Der Redner beleuchtete die Rechtsverhältnisse des Saargebietes nach den Bestimmungen des Versailler Schandvertrages. Nach diesem soll das Saargebiet nur besetzt werden auf 15 Jahre als Entgelt für die zerstörten Kohlengruben in Frankreich. Nach diesen 15 Jahren soll eine Abstimmung stattfinden über die Zugehörigkeit des Landes. Während dieser Zeit hat der Völkerbund das Recht auf die Regierung, nicht aber ein Recht auf die Staatshoheit, die bei Deutschland geblieben ist. Das bedeutet, daß das Saarland immer noch ein Bestandteil des Deutschen Reiches ist. Der Völkerbund ist zur Treuhänder, d. h. Verwalter des Gebietes. Die Diktatoren des Versailler Vertrages sind davon ausgegangen, daß nach 15 Jahren in freier Abstimmung bestimmt werden soll, in welcher Weise das Saarland weiter bestehen bleiben soll; ob es sich für Deutschland oder für Frankreich entscheide oder als eigener Staat bestehen wolle. Die Franzosen allerdings brachten die Lüge auf, daß das Saar-

land nach Ursprung und Gefühl der Bewohner zu Frankreich gehöre. Der Völkerbund hat auch entgegen seiner treuhänderischen Aufgabe diesem Standpunkt mehr Rechnung getragen, als ihm nach den im Versailler Vertrag festgelegten Bestimmungen zulässig. Dementsprechend haben sich auch die Rechtsverhältnisse im Saargebiet entwickelt. Frankreich ist Herr der Gruben, der Aus- und Einfuhr, mit anderen Worten, Frankreich beherrscht heute das gesamte wirtschaftliche Leben. Frankreich hat unter Verletzung des Versailler Vertrages nicht nur die französische Währung eingeführt, sondern auch das Land militärisch besetzt. Die Franzosen sind aber noch weiter gegangen, indem sie auch für die Verwaltung Leute hingesetzt haben, die ihren Eroberungsgelüsten willfährig sind. Von besonderer Bedeutung war die Bestimmung, daß während der Besetzung die Staatsangehörigkeit der Saarbewohner unberührt bleiben solle. Gegen alles Völkerrecht hat Frankreich auch diese Bestimmung sabotiert. Ebenso war es mit den Gutachten des Landrats, die von den Franzosen bzw. dem Völkerbund einfach nicht beachtet wurden. Den Gipfel der Unversöhnlichkeit erreichten die Franzosen durch eine Notverordnung beim Streik der Bergarbeiter, die eine solche Knechtung der freien Meinungsäußerung war, daß sie unter dem Druck der Neutralen wieder aufgehoben werden mußte. Ähnlich war es im Schulwesen, wo Schritt für Schritt die Franzosen neue Gebiete durch Außerachtlassung aller Völkerrechtsbestimmungen eroberten. Natürlich versucht Frankreich auch die Eroberung durch Besetzung von Beamtenstellen. Die Deutschen werden im Saarland geknechtet, um das Land französisch zu machen.

So leicht wird es aber Frankreich nicht sein, das Ziel zu erreichen. Die Saarländer seien trotz allem und allem deutsch, das Saarland war deutsch, sei deutsch und werde deutsch bleiben! Wohl gebe es unter den Hunderttausenden von Deutschen einige Lumpen, die im französischen Solde stehen, aber die überwiegende Mehrheit sei trotz aller Schikanen grunddeutsch; sie haben nur den einen Wunsch: Abschüttelung des französischen Jochs und Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich. Diese Gesinnung sei auch zu erkennen aus all den gewaltigen Kundgebungen für Deutschland, von denen die Wahlen zum Landerrat am eindrucksvollsten seien. Trotz aller Agitation der französischen Regierung waren die Wahlen ein Bekenntnis zum Deutschtum, und die erste Handlung des Landrats waren energische Forderungen für die deutschen Interessen. Es sei zu bewundern, wie im Saarland die wenigen Reste von deutschen Rechten verteidigt werden.

Eine gründliche Lösung der Saarfrage sei nur zu erwarten von der Aenderung des Versailler Vertrages. Dazu sei aber notwendig die Aufhebung der Schuldlüge und dann aber auch die Willege des Gemeinschaftsgefühls. Das wichtigste ist die Volksabstimmung.

Je mehr das Deutsche Reich dem Saarland die Treue hält, um so sicherer wird die Abstimmung im Jahre 1935 im Saargebiet zugunsten Deutschlands ausfallen. Ein Saargebiet, das sich für Deutschland erklärt, wird uns den Rhein retten; und deshalb ist die Saarfrage von ungeheurer Bedeutung.

Der Redner schloß mit Dank an die Saarländer und mit dem Gelöbniß, daß wir nicht rasten und ruhen, bis das Saarland wieder befreit ist von der Fremdherrschaft und das ist, was es sein und bleiben will: Deutsches Land!

§ Ein wohl gelungenes Sommerfest veranstaltete die Ortsgruppe Halle des Bundes „Saar-Verein“ am 5. August abends im Solbad Wittkind unter Mitwirkung des Wittkind-Orchesters. Unter den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Freunden des Vereins befand sich auch Berghauptmann Cleff-Halle, der langjährige Vorsitzende der ehemaligen tgl. preußischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken, welcher als Mitglied dem Beratungs- und Aufsichtsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ angehört und dem in Anbetracht seiner hohen Verdienste um die Bestrebungen des „Saar-Verein“ am Vormittag desselben Tages eine von Herrn Kurt Trog künstlerisch ausgestaltete Urkunde über die Ernennung zum Ehrenmitgliede der Ortsgruppe Halle überreicht worden war. — Mit dem Richard Wagnerschen Kaisermarsch wurde die Vortragsfolge eingeleitet. Das folgende Musikstück, die sinfonische Dichtung „Vaterland“ von J. Sibelius, schildert die Stimmung eines von brutalen Feinden unterdrückten Volkes, welches Mut- und Notsschreie, Klänge der Klage und Trauer anstimmt, um dann Melodien frommer Hoffnung anzuschlagen und in begeisterte Stimmung zum Aufmarsch in einmütiger Erhebung des Volkes auszufallen. Im Anschluß daran trug Herr Haller-Halle eine stimmungsvolle Saardichtung vor, welche die Not und das Leid, deren die Saarbevölkerung zurzeit ausgeht, schildert. Nach weiteren Musikstücken und nach den vortrefflichen Vorträgen des Hallischen Soloquartetts von Nilus-Lau, welches einschmeichelnde Heimatklänge hören ließ, hielt der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß man auch am heutigen Abend noch unter dem tiefen Eindruck der Heldengedenkfeier zur Ehrung der im Weltkriege Gefallenen steht. Den verflochtenen Sonntag hat das deutsche Volk seinen Söhnen, die ihn

Leben im Kampfe für das Vaterland dahingegeben haben, gewidmet. Endlich nach vielen Jahren, zehn Jahre nach Ausbruch des Krieges, habe das deutsche Volk einen stillen Gruß an die Gefallenen gerichtet, die in fremder Erde schlafen, endlich einmal sei freimütig des Heldentums der tapferen Männer und ihrer großen Opfertaten in würdig-ernster Weise gedacht worden. Der gefallenen Helden des Weltkrieges täglich zu gedenken und ihr leuchtendes Beispiel stündlich eindringlich sich vor Augen zu halten, habe das deutsche Volk in seiner traurigen Lage alle Ursache. Wenn die Ortsgruppe Halle ihr Sommerfest auf den 5. August gelegt habe, so sei dies ganz gewiß geschehen, um einen weiteren Erinnerungstag zu begehen, nämlich den der Erinnerung an den Saarbrücker-Ehrentag, den 6. August 1870. Im Saargebiet habe man Kriegshelden stets zu feiern und zu ehren verstanden, da man im Jahre 1870 mit der einzigen Schlacht auf deutschem Boden, der Schlacht bei Spichern, die schweren Folgen des Krieges am eigenen Leibe erfahren, aber auch die Heldentat der braven Verteidiger Saarbrückens, unserer wackeren 40er und 7. Ulanen und die Treue all der Braven kennen gelernt hat, die für das Vaterland auf Spicherer Höhen ihr Leben gelassen, und so mit ihrem Blute zur Errichtung unseres stolzen Deutschen Reiches beigetragen hätten. Im Saargebiet wisse man, durch die alljährlich am 6. August stattgefundenen Erinnerungsfeiern solche Ehrentage zu würdigen, man wisse, was es heißt, Opfer für das Vaterland zu bringen. Man wisse hier ganz besonders zu würdigen, wie die Helden dem Vaterlande nicht nur mit Worten gedient, sondern durch die Tat, die Treue zu ihrem Volk und Vaterland bewiesen hätten. Ein Lichtstrahl sei es jedenfalls für das deutsche Volk gewesen, daß man nun endlich einmal wieder in der Öffentlichkeit an jene einmütige und stolze Erhebung des deutschen Volkes zur Verteidigung des Vaterlandes und Heimatbodens erinnert habe. Erforderlich und erfreulich zugleich sei es gewesen, daß von maßgebender Stelle es ausgesprochen wurde, daß unsere stolze Armee und unsere vortreffliche Marine nicht zum Angriff, zur Eroberung ausgezogen seien, sondern lediglich um die schon lange gehegten Vernichtungsabsichten unserer Feinde zu brechen und das deutsche Vaterland zu schützen und zu verteidigen. Wieder einmal stehe man vor schicksalsschweren Entscheidungen, die Augen des deutschen Volkes, welches über zehn Jahre Furchtbares zu ertragen hatte, seien dieser Tage nach London gerichtet. Jeder gute Deutsche, der wirklich sein Vaterland liebe, könne nur den einen Wunsch haben, daß das deutsche Volk endlich in Einmütigkeit und Einigkeit zusammenstehe, um so den Männern unserer Regierung, welche in der besten Absicht, ihrem Vaterlande zu dienen, zu der Londoner Konferenz gereist seien, das Rückgrat zu stärken und frischen Mut mit auf den Weg zu geben. Nur wenn die deutsche Einigkeit in diesem Sinne geschaffen sei, sei die Reichsregierung in der Lage, bei den schicksalsschweren Verhandlungen sich leiten zu lassen nach dem alten Wahlspruch der deutschen Studentenschaft „Ehre, Freiheit, Vaterland“. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland klang die Ansprache aus, für welche die Zuhörer großen Beifall zollten. Nach weiteren Musik- und Gesangsvorträgen schloß der Abend mit dem Friedericus-Ker-Marsch. Die Ortsgruppe Halle mit ihrem rührigen Vorsitzenden Ingenieur Lud. Schumacher an der Spitze kann auf diesen wohl gelungenen Abend mit Stolz zurückblicken. Ganz besondere Anerkennung verdient das Vorstandsmittglied Kurt Trog, dessen Künstlerhand die Vortragsfolge in der ihm eigenen vortrefflichen Weise auch diesmal wunderbar ausgestattet hat. Wir beglückwünschen die Ortsgruppe Halle zu dieser schönen Veranstaltung und empfehlen ihre Mühe mit der Nachbesserung.

Unsere Bundesnadel, das Ehrenabzeichen für alle Saarkämpfer und Anhänger unserer Bestrebungen ist jetzt wieder vorrätig und kann jederzeit durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94, bezogen werden. Preis 2 Mark.

Von der großen Saar- und Pfalz-Landgebung vor dem Leipziger Völkerschlachtdenkmal anlässlich der vierten Tagung des Bundes „Saar-Verein“ am 24. und 25. Mai d. J. in Leipzig können ausgezeichnet gelungene Bilder zu sehr mäßigen Preisen durch den Saar- und Pfalzverein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes „Saar-Verein“, Vorsitzender Herr Ingenieur A. Seifert, Leipzig, Berthestr. 6, bezogen werden.

Tapezier- u. Dekorationsgeschäft

Neuanfertigung von Dekorationen und Polstermöbeln

Richard Haase

Berlin SO. 36, Lausiger Platz 10

Gebürtiger Saarbrücker

Die Wochenschrift für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen an Rhein, Saar und Ruhr

„Rheinischer Beobachter“

mit illustrierter Heimatbeilage

„Der schöne Rhein“

unterrichtet regelmäßig über die Vorgänge in den besetzten Gebieten

Monatsbezug **80 Goldpfennig**

Probenummern vom Verlag EDMUND STEIN, Potsdam oder von der Werbezentrale des „Rheinischen Beobachters“ Berlin W 9, Bellevuestraße 6a

Geschichte des Saargebietes

von Prof. Dr. h. c. Ruppertsberg

Das mit großer Spannung erwartete Werk über die Geschichte unserer engeren Heimat ist soeben erschienen

600 Seiten stark
mit einer Kunstbeilage, einer geschichtlichen Karte, sowie 144 Abbildungen

Wer Interesse und Liebe zum deutschen Saargebiet hat, darf das interessante Werk nicht unbeachtet lassen

In Ganzleinen gebunden
mit Goldtitel-Prägung
Preis 15 Gm.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag

Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G.

Saarbrücken
Rathausplatz 5 Fürstenstr. 5/7
Verlag der „Saarbrücker Landes-Zeitung“